

eine Wiederherstellung der westlichen bürgerlichen Freiheit zu erhoffen, die nur durch eine Rückkehr zum westlichen Imperialismus, diesmal mit Hilfe der Atombomben über Asien, herbeizuführen wäre. Wenn aber ein Erdteil imstande ist, solches Unheil zu überleben, dann sicher Asien und der asiatische Terrorismus. Sollte die „Freiheit Rußlands“ nicht auch die Freiheit derer meinen, die überwunden haben und vor dem Thron des Lammes in weißgewaschenen Kleidern versammelt sind zum ewigen Lobgesang? Dieser Gebetsauftrag führt uns dahin, daß wir mit der ganzen Christenheit mehr als je den Tag der Vollendung herbeisehnen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

**Zum § 67
des Personen-
standsgesetzes**

Der Beauftragte des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz bei der Bundesregierung, Prälat Wilhelm Böhler, hat über die Mißverständnisse um den § 67 des Personenstandsgesetzes in einem Interview mit dem „Rheinischen Merkur“ ein klärendes Wort gesprochen, das nun wirklich alle Bedenken beseitigen dürfte. Obwohl die Herder-Korrespondenz im vorigen Heft (S. 305 f.) auf derselben Linie die erforderliche Klarstellung vorbereitet hatte, bringen wir den wesentlichen Teil des Interviews zum Abdruck. Prälat Böhler erklärte:

In den früher stattgefundenen Besprechungen zwischen Evangelischer und Katholischer Kirche und Vertretern des Innen- und des Justizministeriums waren beide Ministerien für die Streichung, auch Dr. Thomas Dehler. Nach der Bundestagswahl vom 6. September 1953 haben die neu besetzten beiden Ministerien der Streichung des Paragraphen wiederum zugestimmt, und das Kabinett hatte den Entwurf angenommen. An sich habe diese Streichung mit der Frage, die heute die Gemüter erregt, nämlich obligatorische oder fakultative Zivilehe, nichts zu tun. Unter Bezug auf seinen Artikel „Katholische Kirche und Staat in Deutschland“ (in der Schriftenreihe „Politische Bildung“, Heft 44, Isar Verlag, München, S. 140/141) sagte Prälat Böhler:

„Für Katholiken kommt die Ehe nur zustande durch das Jawort der Brautleute vor dem katholischen Priester und zwei Zeugen. Die Ehe ist nach katholischer Lehre ein heiliges Sakrament, das sich die Brautleute gegenseitig spenden. Der Priester nimmt nur die Erklärung entgegen. Der Katholik kann deshalb vor dem Standesbeamten gar nicht in dem Bewußtsein, eine eheliche Verbindung einzugehen, das Jawort geben und die Erklärung des Standesbeamten entgegennehmen: ‚Sie sind jetzt rechtmäßig verbundene Eheleute‘, d. h. auf gut deutsch: Sie sind Eheleute mit allen Rechten und Pflichten, die die Ehe gibt. Der Katholik setzt also gezwungenermaßen einen zivilrechtlichen Akt, den er bezüglich des Ehebandes im Gewissensbereich für ungültig hält.

Andererseits weiß auch die Kirche, daß der Staat bei der Eheschließung seiner Bürger nicht unbeteiligt bleiben kann. Der moderne paritätische Staat, der nicht nur auf die Kirche, sondern auch auf die Religionsgesellschaften öffentlichen Rechtes und auf Konfessionslose Rücksicht nehmen muß, kann in dieser Frage nicht ohne Einfluß bleiben. Auch das kirchliche Gesetzbuch nimmt in can.

1063 § 3 Bezug auf die zivilrechtlichen Zusammenhänge, die mit der Eheschließung verbunden sind.

Es gibt nun eine Reihe von Lösungsmöglichkeiten in der Durchführung der fakultativen Zivilehe, die alle den Zweck haben, Schwierigkeiten zwischen Staat und Kirche zu beseitigen. Solche Lösungen sind je nach den Gegebenheiten in diesem oder jenem Land verwirklicht worden. Dabei darf man nicht vergessen, daß die fakultative Zivilehe auch in Ländern wie England, den skandinavischen Staaten, in den Vereinigten Staaten besteht und dort für selbstverständlich gehalten wird. Und das sind doch wahrhaftig keine katholischen Länder!

Eine der möglichen Lösungen, die ich persönlich für unsere Verhältnisse für gut halte und für die ich immer eingetreten bin, ist folgende:

1. Nach wie vor melden sich die Brautpaare beim Standesamt an. Der Standesbeamte nimmt das Aufgebot vor. Er stellt fest, ob staatliche Eehindernisse vorliegen — genau wie bisher. Erst wenn alle Fragen geklärt sind, erhält das Brautpaar, das nur die kirchliche Eheschließung vornehmen will, eine amtliche Bescheinigung des Inhaltes, daß staatlicherseits einer Eheschließung nichts im Wege stehe. Für die anderen Brautpaare bleiben die geltenden Bestimmungen über die Zivilehe in Kraft.

2. Wenn die genannte Bescheinigung des Standesbeamten vorliegt, nimmt der Geistliche die kirchliche Trauung vor. Nach derselben teilt er sofort dem Standesbeamten die Vornahme der Trauung mit, damit dieselbe auf dem Standesamt eingetragen wird.

Eine solche Lösung würde allen berechtigten Forderungen des Staates gerecht werden, würde auch der Gewissensfreiheit der Brautleute Rechnung tragen.“

Fakultative Zivilehe?

Auf die Frage, ob die Kirche weiter darauf bestehen wird, daß die fakultative Zivilehe eingeführt wird, erklärte Prälat Böhler, dieses Problem gehöre nicht in die Verhandlungen über das Personenstandsgesetz, ebensowenig wie in die Verhandlungen über die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Diese Frage könnte erst akut werden, wenn das Ehegesetz zur Debatte steht. Und für diesen Fall seien in Artikel 26 des Reichskonkordates Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Heiligem Stuhl vorgesehen. Man sollte die Klärung dieser Frage zunächst einmal solchen sachlichen Beratungen überlassen. Daß bei solchen Verhandlungen die Rechte des Bundestages und Bundesrates zu wahren sind, sei selbstverständlich.

„In unseren Verhandlungen ist nie erklärt worden, daß die Kirche die Freiheit haben wolle, kirchliche Trauungen vorzunehmen, ohne daß die Wirkungen für den zivilrechtlichen Raum geregelt seien. Die Kirche ist Hüterin der Ordnung und nicht Schrittmacherin der Unordnung. Sie weiß um die Folgen, wenn man in kirchlich geschlossener Ehe lebt, ohne daß zivilrechtliche Wirkungen eintreten. Die Frau würde vor dem staatlichen Gesetz ledig sein, ihren Mädchennamen beibehalten, die Kinder würden illegitim sein und nicht den Namen des Vaters, sondern den der Mutter erhalten. Die Frau wäre weder erbberechtigt noch versorgungsberechtigt wie eine Ehefrau.

An solchen Zuständen hat die Kirche kein Interesse. Sie erstrebt seit langem eine gesetzliche Regelung, die der Ordnung dient. Im Reichskonkordat ist auf eine solche später zu erfolgende Regelung direkt hingewiesen, und

zwar in Artikel 26. An dieser Stelle sind im übrigen die Notfälle, die den Gewissensbereich berühren, schon geregelt.

Bei den Verhandlungen bezüglich § 67 des Personenstandsgesetzes hat die Kirche nicht an das Eheschließungsrecht gedacht, sondern hier ging es ihr um die Beseitigung eines diskriminierenden Strafparagrafen.“

Auf die Frage, ob die Kirche die Streichung des Paragraphen zum Anlaß nehmen würde, um eine Änderung ihrer Eheschließungspraxis herbeizuführen, sagte Prälat Böhler: „Ich kann erklären, daß die Kirche das nicht beabsichtigt. Sie will ja keine Unordnung, sondern Ordnung, und für die besonderen Gewissensfälle reichen die Bestimmungen des Konkordats aus. Die Evangelische Kirche hat mit uns zusammen die Streichung des § 67 verlangt, ja sie hat ihren Standpunkt in einer besonderen Eingabe begründet. Ich weiß, daß sie in der Frage der fakultativen Zivilehe einen anderen Standpunkt einnimmt wie wir. Ich kann mir aber nicht denken, daß sie den Katholiken verweigern will, diese Frage nach ihrem Gewissen geordnet zu sehen, wobei die Evangelische Kirche ihren eigenen Weg gehen kann; ich bin auch überzeugt, daß die Evangelische Kirche nach wie vor den Strafparagrafen ablehnt, den sie selbst für obsolet erklärt hat und der mit der Frage der fakultativen Zivilehe direkt nichts zu tun hat.“

Prälat Böhler schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß jetzt, nachdem der Sturm sich ausgetobt und wieder ruhigerer Überlegung Platz gemacht hat, die Aussichten durchaus nicht ungünstig sind. Man weiß, daß die Kirche die Änderung des Personenstandsgesetzes nicht zum Anlaß nehmen will, eine Änderung der Eheschließungspraxis herbeizuführen. Damit sind alle Konklusionen hinfällig geworden. „Ich vertraue auf den Gerechtigkeitsinn der Gesetzgeber“ (vgl. den Bericht „Politische Ethik ohne Klerikalismus?“ in diesem Heft S. 381).

Ein katholischer Informationsdienst für die Werkspresse in Deutschland

Seit dem 1. Januar dieses Jahres erscheint, vorläufig in freier Folge, in Münster ein katholischer Informationsdienst für die Werkspresse, der von der

Arbeitsstelle für katholische Betriebsgruppen und Sozialpraxis in Zusammenarbeit mit dem Institut für christliche Sozialwissenschaften bei der Universität Münster herausgegeben wird. Der Informationsdienst, der einzige katholische dieser Art in Deutschland, wendet sich vor allem an den neuen entwicklungsfähigen Typ der Werkspresse, von dem es in Deutschland rund 400 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 4 Millionen Exemplaren gibt. Neben grundsätzlichen Erörterungen, wie z. B. über Lohnfragen, Mensch und Betrieb, gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen, Arbeitsmoral und Arbeitsethos, bietet der Dienst praktische Anregungen und Berichte aus den Betrieben.

Eine Sendereihe über die Soziale Frage

Im Rahmen seiner Sendungen „Christentum und Gegenwart“ sendet der Süddeutsche Rundfunk, Stuttgart, vom März bis September dieses Jahres eine Reihe von Vorträgen, die unter dem Thema: „Christliche Antworten auf die soziale Frage“, stehen. Der Süddeutsche Rundfunk beabsichtigt mit dieser Sendung, seine Hörer über die Begegnung der beiden großen Kirchen mit den modernen Sozialproblemen zu unterrichten. In 26 Sendungen an jedem Diens-

tag von 16.45—17.00 Uhr (vorläufig nur im 1. Programm) versuchen Theologen, Sozialwissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eine Antwort auf die Frage zu geben: Hat die Kirche versagt? — Die Auswahl der Themen beschränkt sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf das deutsche Sprachgebiet.

Die Sendungen begannen am 10. 3. mit einem Überblick von Paul Jostock, Stuttgart („Ein Jahrhundert sozialer Katholizismus in Deutschland“), für die evangelische Seite entsprechend von Ernst Steinbach, Tübingen („Das überlieferte Sozialschema des Luthertums“). Es folgten Vorträge von Robert Spaemann, Stuttgart (am 30. 3.: „Franz Baader und die Romantik“), Ernst Steinbach, Tübingen (am 6. 4.: „Der christliche Staat. Friedrich Julius Stahl“), Herbert Krimm, Stuttgart (am 13. 4.: „Das diakonische Amt der Kirche. Hinrich Wichern“), Erich Reisch, Freiburg (am 20. 4.: „Gesellenvater Adolf Kolping“), Ulrich Fick, Tübingen (am 27. 4.: „Das Bruderschaft. Gustav Werner“).

In den folgenden Sendungen werden sprechen:

Kurt Pergande, Hamburg: „Arbeitsfürsorge. Vater Bodelschwingh“ (4. Mai)

Joseph Höffner, Münster: „Bischof Ketteler und die Arbeiterfrage“ (11. Mai)

Friedrich Delekat, Mainz: „Die christliche Partei. Adolf Stöcker“ (18. Mai)

Franz Mueller, St. Paul (USA): „Hertling und Hitze. Die Sozialpolitik des Kaiserreiches“ (25. Mai)

Heilfurth, Friedewald: „Soziale Akademien“ (1. Juni)

Oswald von Nell-Breuning SJ, Frankfurt: „Die päpstlichen Sozialzyklen“ (8. Juni)

Anton Böhm, Köln: „Vogelsang und die österreichische Schule“ (15. Juni)

August Winnig: „Resignation. Die Entwicklung Friedrich Naumanns“ (22. Juni)

H. Rommen, USA: „August Pieper und die Münchener Gladbacher Schule“ (29. Juni)

Ernst Steinbach, Tübingen: „Radikale Neubestimmung. Blumhardt und Kutter“ (6. Juli)

Gustav Gundlach SJ, Rom: „Der Solidarismus. Theoretische Grundlagen und praktische Verwirklichung“ (13. Juli)

Paul Tillich, USA: „Der religiöse Sozialismus“ (20. Juli)

Walter Dirks, Frankfurt: „Der Sozialismus als sittliche Idee. Theodor Steinbüchel“ (27. Juli)

Gebhard Müller, Stuttgart: „Moderne Großstadtmission. Carl Sonnenschein“ (3. August)

Gustav Gundlach SJ, Rom: „Sozialkritik und Reformziele in der Weimarer Republik“ (10. August)

Helmut Gollwitzer, Bonn: „Protestantische Weisungen“ (17. August)

Eberhard Müller, Bad Boll: „Die Kirche sucht neue Wege“ (24. August)

Joseph Höffner, Münster: „Katholische Sozialbestrebungen in der Gegenwart“ (31. August)

Martin Haug, Stuttgart: „Die Kirche, Unternehmer und Arbeiter“ (7. September).

Im Anschluß an diese Sendereihe sind Diskussionen von jeweils einer halben Stunde geplant, die sich mit den sozialpolitischen Problemen der Gegenwart beschäftigen werden. Als Themen sind vorgesehen:

1. Hat die Kirche eine sozialpolitische Konzeption?

2. Christen in der Gewerkschaft.

Über Einzelheiten zu diesen geplanten Sendungen wie

Sprecher und Zeiten sowie auch über mögliche Änderungen, die die oben angeführten Sendungen betreffen, werden wir unsere Leser durch die Vorschau auf das Rundfunkprogramm unterrichten.

Wohnungs- und Siedlungsbau in Österreich aus katholischer Initiative

Angesichts der großen Wohnungsnot nach dem Kriege beschloß die österreichische Bischofskonferenz 1947, selbst einen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot zu leisten und aus kirchlichem Besitz Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Im Sinne der kirchlichen Soziallehre, die eine Verteilung des Eigentums auf möglichst breite Schichten anstrebt, sollten die Grundstücke in das Eigentum der Siedler übergehen.

Schätzungsweise wurden bis heute 1700 Hektar Land aus kirchlichem Besitz abgegeben. Daß keine genaue Zahl angegeben werden kann, liegt daran, daß nur die Verkäufe aus dem Besitz der Diözese und der Diözesanpfarren bei einer zentralen Stelle, dem Ordinariat, vermerkt wurden — da dieses jeweils die Zustimmung zu geben hat —, nicht aber die Verkäufe aus dem Besitz der Klöster und Stifte, die selbständig verfügen können. Im Verhältnis zu den Tausenden Hektar Land, die die österreichischen Stifte insgesamt besitzen, scheint die Zahl 1700 gering zu sein. Doch der große Grundbesitz der alten Stifte ist zum größten Teil Wald in vielfach sehr abgelegenen Gebirgsgegenden, die für Siedlungen überhaupt nicht in Frage kommen. Und schließlich müssen sich Diözesen und Stifte am Stadtrand bzw. im Umkreis der Städte in Vorausschau künftiger Entwicklungen eine Reserve sichern.

Zur Durchführung der beschlossenen Siedlungsaktion wurde 1948 die „Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft Frieden“ gegründet. In weiterer Folge entstanden noch andere Wohn- und Siedlungsgenossenschaften bzw. Siedlungsgesellschaften, die von Katholiken getragen sind und im Sinne der Eigentumbildung und einer familiengerechten Wohnungsgröße wirken.

Anders als in Deutschland wurden in Österreich nicht diözesane Siedlungswerke errichtet. Der Wohnungs- und Siedlungsbau hatte in Österreich nicht dieselbe Dringlichkeit wie in Deutschland mit seinen ungleich größeren, auch relativ größeren Zerstörungen und seinem ungeheuren Flüchtlingsproblem. Doch der Hauptgrund für das Fehlen diözesaner Siedlungswerke ist ein anderer: Nach den Bestimmungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, der nach dem Krieg zur Förderung des Wohnungsbaues gegründet wurde und aus Steuergeldern gespeist wird, können nur „gemeinnützige“ Wohn- und Siedlungsgenossenschaften (Gesellschaften) in den Genuß dieser Gelder kommen, nicht aber die Kirche als solche. Es gibt zwar noch eine zweite Möglichkeit, öffentliche Gelder für den Wohnungsbau zu erhalten, nämlich den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, der grundsätzlich jedem Besitzer eines bombenzerstörten Hauses die erforderlichen Kredite zum Wiederaufbau gewährt. So wichtig diese Möglichkeit für die Errichtung mehrstöckiger Wohnhäuser im verbauten Stadtgebiet ist, für die eigentliche Siedlungsaktion kommt sie nicht in Frage.

Die Bedingungen für das Bauen mit dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sind folgende: Der Siedlungswerber muß einer Genossenschaft angehören und muß die Kosten für den Grund, der zunächst Eigentum der Genossenschaft bleibt, und 10% der Baukosten auf den Tisch legen.

60 % der Baukosten streckt der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds vor, zu 1% Verzinsung und 1% Amortisation und einer Laufzeit von 69,5 Jahren. Die restlichen 30% der Baukosten werden vom Land bzw. von der Stadt Wien kreditiert. Auch für diese Kredite sind die Bedingungen günstig. So gewährt das Land Niederösterreich den Kredit 20 Jahre lang zinsfrei bei 2,5% Amortisation und erst nach 20 Jahren zum jeweils üblichen Sparkassenzinsfuß. Bedingung ist, daß die Wohnungsgröße — Nebenräume nicht eingerechnet — 60 Quadratmeter nicht überschreitet.

Beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sind die Bedingungen noch günstiger. Denn der Siedlungswerber muß nur seinen Anteil an den Grundkosten tragen und erhält die gesamten Baukosten zinsfrei vorgestreckt, bei einer Laufzeit des Darlehens von 75 (und früher sogar 100) Jahren.

Verglichen mit den Bedingungen der Bausparkassen, die in den Ländern der westlichen Welt die große Mehrzahl der Eigenheime finanzieren, sind die Bedingungen, die die öffentliche Hand in Österreich gewährt, ungewöhnlich günstig. Von normalen Wirtschaftsprinzipien ist hier nicht die Rede. Seitdem die Sozialisten nach dem ersten Weltkrieg den Plan faßten, den gesamten Hausbesitz im Laufe der Zeit zu sozialisieren bzw. zu kommunalisieren, und in dieser Absicht sehr niedrige Mietzinse durchsetzten, dadurch den privaten Wohnungsbau zum Erliegen brachten und in Wien, wo sie die herrschende Partei waren, aus Steuergeldern riesige Wohnbauten errichteten, die nie amortisiert werden, wird ein nicht geringer Teil des notwendigen Wohnungsaufwandes auf dem Umweg über die allgemeinen Steuern geleistet, statt direkt auf dem Weg über Mietzins und Rückzahlung von Baukrediten. Es wäre unbillig und bei dem geringen Einkommen der Bevölkerung auch unmöglich, dem Siedlungswerber, dem bereits ein Teil seines Einkommens für die Zwecke des Wohnungsbaues weggesteuert wurde, noch die volle Last eines Hausbaues aufzubürden. Doch auch unter den genannten günstigen Bedingungen ist eine Eigentumswohnung teurer als eine Mieterschutzwohnung oder Gemeindewohnung.

Die allgemein in Anwendung kommende Haustype bei Siedlungen ist das freistehende Einfamilienhaus mit Giebel auf einer Grundfläche von etwa 7,5 mal 7,5 (oder 8) Metern; ganz unterkellert, im Erdgeschoß ein kleiner Vorraum, Küche, Wohnzimmer, Kabinett, W.C. und in der Mansarde zwei weitere Zimmer. Die Grundparzellen sind etwa 400 bis 800 Quadratmeter groß.

Die Siedlungsgesellschaft „Frieden“ baut vor allem in Wien und Niederösterreich, aber auch in Oberösterreich und Tirol. Fertiggestellt sind 307 Wohnungen (davon 223 Einfamilienhäuser und 84 Wohnungen in mehrgeschossigen Bauten); im Bau befinden sich 368 Wohnungen (237 Einfamilienhäuser und 131 andere Wohnungen); im Stadium der Planung (wo der Grund bereits gesichert und die Finanzierung bei den betr. staatlichen Fonds eingereicht ist) befinden sich 322 Wohnungseinheiten (208 Einfamilienhäuser und 114 andere Wohnungen).

Der Hilfe der Siedlungsgenossenschaft „Frieden“ bedient sich auch der Wiener Diözesanfonds der Familienhilfe, der 1951 gegründet worden ist, um jungen Familien durch Kredite die Erwerbung einer Wohnung zu ermöglichen. Aus Spenden der Bevölkerung und dem finanziellen Ertrag des österreichischen Katholikentages konnte der Fond bis-

her insgesamt 1 000 000 Schillinge Kredite gewähren. Mit Hilfe des Wiederaufbaufondes wurde ein Wohnhaus in Wien X erbaut.

Die Zahlen der Siedlungsgenossenschaft „Neues Leben“ lauten: Fertiggestellt wurden 57 Wohnungseinheiten (9 Siedlungshäuser und 48 Wohnungen in Stockwerkbauten); im Bau befinden sich 128 (33 und 95), in Planung 534 (429 und 105) Wohnungen. Sehr bedeutend ist die Leistung der Wohn- und Siedlungsgesellschaft „Österreichisches Siedlungswerk“, das im Rahmen der „Christlichen Nothilfe“ errichtet worden ist. Fertiggestellt sind 247 Wohnungen (55 Einfamilienhäuser und 192 Wohnungen in Stockwerkbauten), im Bau befinden sich 303 (22 und 281) und in Planung 707 Wohnungen (53 und 654).

Die Baugenossenschaft „Heim“, die im Jahre 1952 ihr 40jähriges Bestehen feiern konnte und bis 1938 658 Häuser mit 796 Wohnungen erbaut hatte, nahm nach 1945 ihre Tätigkeit wieder auf. Sie baut in Wien, Tirol, Oberösterreich und in der Steiermark. Fertiggestellt sind 196 Wohnungen (56 und 140); im Bau befinden sich 258 Wohnungen (10 und 248) und in Planung 66 Wohnungen (14 und 52), doch ist letztere Zahl offensichtlich nicht mit den Zahlen der anderen Siedlungsgenossenschaften zu vergleichen.

Außer diesen großen Siedlungsgenossenschaften bestehen noch eine Anzahl kleinerer, wie „Heimat Österreich“ in Salzburg, bei welcher die Diözesan-Caritas Gesellschafter ist, ferner „Heimat Österreich“ in Graz, die hauptsächlich Pachtkredite vermittelt, um Heimatvertriebenen eine Existenz aufbauen zu helfen, aber auch eine Anzahl Landarbeiterhäuser (etwa 30) gebaut hat, und mehrere erst vor kurzem errichtete Siedlungsgenossenschaften, wie „Patria“, „Donauland“, die noch wenige fertige Häuser aufzuweisen haben. Über diese verschiedenen Initiativen ist es schwer, eine Übersicht zu gewinnen, doch dürfte die Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen mit 150 zu beziffern sein, während die Planungen einige hundert umfassen. In der Aufzählung nicht enthalten sind die vielfachen Kredithilfen zum Wohnungsbau, die von kirchlichen Stellen (Diözesancaritas) und durch verschiedene Auslandsaktionen, deren Durchführung in Händen von Katholiken lag, vermittelt wurden.

Eine besondere Stellung nimmt die „Heilig-Jahr-Siedlung“ in Innsbruck ein. Sie wurde als Leistung der Diözese zum Heiligen Jahr erbaut. Die Mittel wurden durch Haussammlungen aufgebracht, zu denen der Bischof Paul Rusch in besonderer Weise seine Gläubigen aufrief. Die Siedler wurden nach Kinderzahl und Bedürftigkeit ausgesucht, der Grund ihnen vom Bischof geschenkt. Die Baukosten sind zinsfrei im Laufe von 50 bis 60 Jahren zurückzuzahlen. So entstanden 41 Einfamilienhäuser (Reihenhäuser), in die 246 Personen, darunter 176 Kinder, einzogen.

In Vorarlberg wurden zum Heiligen Jahr gleichfalls als Werk der Diözese zinsfreie Darlehen in Höhe von 650 000 Schillingen ausgegeben, womit 84 Neubauten bzw. Zubauten errichtet wurden.

Die größte Aktion zur Errichtung von Eigentumswohnungen ist übrigens eine Initiative der ÖVP: der „Verein der Freunde des Wohnungseigentums“ unter Leitung von Nationalrat Prinke, mit 1879 fertiggestellten, 2149 im Bau begriffenen und 6987 in Planung befindlichen Wohnungen (Stand vom 30. 11. 1953).

Lange Zeit haben die Siedlungsgenossenschaften getrennt gearbeitet. Im Herbst 1952 aber wurde von der österreichischen Bischofskonferenz ein eigenes Siedlungsamt gegründet. Seine Aufgabe ist die Koordinierung der verschiedenen Initiativen, um nicht gegenseitig beim Grunderwerb zu konkurrieren, während andere Möglichkeiten ungenützt bleiben; sodann die Bauberaterung und Rechtsberatung, die Vermittlung beim Grunderwerb, die Vertretung der Anliegen der Siedlungsgenossenschaften bei den öffentlichen Stellen und im besonderen die Intervention bei der Beschaffung der Baukredite.

Aus Süd- und Westeuropa

Italienisches Dilemma

Es ist nicht Aufgabe dieser Zeitschrift, die schleichende innenpolitische Krise Italiens und die Gegensätze innerhalb der Democrazia Cristiana darzustellen. Aber im Ausland verstärkt sich die Befürchtung, daß diese Krise am Ende das Schicksal der Kirche berühren könnte. Schon einmal nach dem Krieg stand der Kommunismus an der Schwelle zur Macht. Diese Gefahr ist neuerdings im Steigen begriffen. In Italien selbst gibt es Kreise, die der Meinung sind, daß es für eine friedliche Evolution zu spät ist, und die sich deshalb innerlich auf eine Katastrophe vorbereiten, komme sie nun als Bürgerkrieg und Rechtsdiktatur, wie 1934 in Spanien, oder als kommunistischer Sieg. Diese Furcht geht auch im Ausland um.

Der Italienexperte der amerikanischen Flotte, Konteradmiral Msgr. M. S. Sheehy, Professor an der Katholischen Universität in Washington, veröffentlichte vor kurzem einen Artikel im „Sunday Star“, um dieser Furcht entgegenzutreten. Auch er hält die Macht der kommunistischen Partei Italiens, die mit 1,5 Millionen gut disziplinierter Mitglieder die stärkste, übrigens auch die reichste in der ganzen freien Welt ist, für bedrohlich, wenn die soziale Unzufriedenheit und die politische Malaise um sich greifen. Der kommunistische Wahlzettel in Italien drücke aber doch in erster Linie die Hoffnung auf die gefüllte Eßschüssel aus. Deshalb liege in der amerikanischen Wirtschaftshilfe, für deren intensive Fortsetzung der Aufsatz plädiert, eine wirksame Gegenkraft. Daneben setzt Sheehy großes Vertrauen auf die geistigen Kräfte des italienischen Volkes, die sowohl in seinem Nationalcharakter wie in seinem Glauben und besonders in der Anhänglichkeit an den Papst liegen.

Andere Kenner Italiens sind nicht so optimistisch. Sie weisen darauf hin, daß die amerikanische Wirtschaftshilfe eine Million Arbeitsplätze geschaffen, aber die kommunistischen Stimmen nicht vermindert hat. Viele Italiener nehmen mit der einen Hand die Hilfe der Kirche entgegen und geben mit der andern nach wie vor den Kommunisten ihre Stimme. Es ist zwar richtig, daß die meisten Italiener, selbst wenn sie antiklerikal sind, einen kindlich unerschütterlichen Christenglauben bewahren, aus dem die Marienverehrung und die Anhänglichkeit an den Papst hervorragen. Aber eines glaubt dieser Glaube nicht: daß Christentum und Kommunismus unvereinbar seien. Das Exkommunikationsdekret hat keinen Einbruch in die kommunistische Front erzielt. So schrieb das italienische Klerusblatt „La Palestra del Clero“.

Die Kirche und, wenigstens nach ihrem Programm und

nach der Absicht ihrer Führer, die Democrazia Cristiana stehen und wirken zwischen den sozialen Fronten im Sinne des Ausgleichs und der Evolution. Es bedarf keiner Erörterung, daß zwischen der Kirche und dem Katholizismus als sozialem Faktor ein Unterschied zu machen ist, in den lateinischen Ländern und besonders in Italien mehr als anderswo in der Welt. Der Katholik wird immer das Bedürfnis haben, seine Welt- und Gesellschaftsanschauung im Rahmen des Glaubens unterzubringen. Er tut das in Italien, dank seiner Vertrautheit mit dem katholischen Glauben, mit der größten Naivität. In Wirklichkeit aber fühlt er sich von den moralischen Weisungen der Kirche weitgehend unabhängig, schon im persönlichen, erst recht aber im sozialen Leben. Katholische Disziplin, wie sie der Stolz der amerikanischen, in gewissem Maß auch der deutschen Katholiken ist, kennt er nicht. Er wendet das augustinische „ama et fac quod vis“ auf seine Weise an.

Die Kirche hat es deshalb in Italien sehr schwer, ihren Einfluß auf das soziale Leben geltend zu machen. Nachdem sich der Einsatz der Exkommunikation gegen den Kommunismus als unwirksam erwiesen hat, bleibt seine Überwindung, was die kirchliche Bemühung angeht, nur von einem neuen Aufbruch des religiösen Lebens zu erhoffen. Das bedarf bei der Struktur der italienischen Seelsorge außerordentlicher Mittel. Das Marianische Jahr bedeutet, so gesehen, eine Hilfe der Gesamtkirche für Italien und andere lateinische Länder. Auch die unermüdlischen Predigten und Aufrufe des Papstes, der Kreuzzug von Pater Lombardi wirken in dieser Richtung. Der religiöse Impuls, der zur Zeit von der Kirche in Italien ausgeht, darf nicht unterschätzt werden. Er legt Befestigungsringe um das gläubige Herz im Volke, die dem Kommunismus selbst im Falle seines Sieges auf politischem Gebiet die Aufrichtung seiner geistigen Zwangsherrschaft sehr erschweren würden. Aber nicht ebenso erfolgreich ist das Bemühen der Kirche um die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit und die Überwindung des Kommunismus im gegenwärtigen Stadium.

Es gelingt der Kirche nicht, die Democrazia Cristiana, den sozialen Katholizismus oder das, was sich so nennt, zu einigen. Man weiß, daß diese Bewegung, von allen Individualismen, die sie beherbergt, abgesehen, in eine rechte und eine linke Gruppe zerfällt. Wo die Grenzen verlaufen und wen man wo einzuordnen hat, das kann niemand genau sagen. Versuche, wie sie der römische Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ (9. 3. 1954) unternommen hat, Tardini nach rechts und Montini nach links einzuordnen, Kardinal Lercaro als den Führer der demokratischen und Kardinal Pizzardo als den Geist der konservativen Bewegung abzustempeln, den „Osservatore Romano“ der rechten und die „Civiltà Cattolica“ der linken Seite zuzuordnen, sind natürlich verwegen. Der offensichtlich nicht katholische Korrespondent des liberalen Schweizer Blattes zeigt mit dieser vereinfachten Darstellung, daß ihm das religiöse Anliegen der kirchlichen Führung im italienischen Dilemma nicht aufgegangen ist. Aber es ist wahr, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen „rechts“ und „links“ die Kraft der Democrazia Cristiana und des sozialen Katholizismus in Italien zu lähmen, wenn nicht zu sprengen drohen.

Über diese Gegensätze hat Gunnar D. Kumlien vor einigen Wochen in „The Commonweal“ (12. 2. 1954) einen aufschlußreichen Bericht gegeben. Nirgendwo, sagt

er, stehen Kommunisten und Katholiken unter gleichen Kampfbedingungen einander in solcher Stärke gegenüber wie in Italien. Verfügen die Kommunisten über eine glänzende Organisation und über genügend Chancen, Verwirrung zu stiften, so kommt den Katholiken die Nähe des Zentrums der Kirche zugute, mit allen Gefühlen, die diese Nähe schafft. Ferner kommt ihnen die Tatsache zu Hilfe, daß der Kommunismus bei aller seiner sonstigen Beweglichkeit in den von ihm beherrschten Ländern den Willen zur Vernichtung der katholischen Kirche nicht zu tarnen vermag, eine Tatsache, die man von katholischer Seite den Italienern ohne Unterlaß vor Augen führt. Die Schwäche der Katholiken liegt einmal in ihrer sehr großen Familiarität mit der höchsten Autorität der Kirche, die sich in einer anderswo nicht leicht zu findenden Nonchalance gegenüber ihren Anordnungen äußert, und zweitens in ihrer individualistischen Auffassung von der besten Art, den Kommunismus zu bekämpfen.

Die Krise der Gedanken wurde zwar schon öfters, besonders deutlich aber offenbar, als vor einigen Monaten der Bürgermeister La Pira von Florenz ganz offen auf die Seite des Proletariats trat. Als die Geschäftsleitung der Pignone-Stahlwerke aus Rentabilitätsgründen dieses Werk stilllegte und die Arbeiter es gegen das Gesetz in Besitz nahmen, machte La Pira sich mit ihnen solidarisch und rief von dem illegal besetzten Boden aus ins Land: „Wie kann man denn erwarten, daß Arbeitslose imstande sein sollen, zu beten?“ La Pira erhielt zustimmende Kundgebungen von 120 Senatoren und Abgeordneten und 200 Bischöfen, unter ihnen der Kardinal von Bologna, wie Kumlien entgegen den Zweifeln, die geäußert worden sind, berichtet. La Pira und mit ihm die Linke der Democrazia Cristiana verlangen eine Politik der Vollbeschäftigung, das heißt für Italien staatliche Investitionen in einem Ausmaß, die einer staatssozialistischen Wirtschaftsform sehr nahe kommen. Wie er, so denken auch zunehmend starke Gruppen der katholischen Jugendorganisationen, die christliche Arbeiterbewegung und die politischen Kreise um Fanfani und den Kammerpräsidenten Gronchi. Symptomatisch ist es, daß sowohl im „Corriere della Sera“, der konservativ geführt wird, als auch in dem Blatt „Il popolo“ der Democrazia Cristiana offen ausgesprochen wurde, daß die Lehren von *Rerum Novarum* überholt sind und, so schrieb im „Popolo“ der Priester Don Primo Mazzolari, daß im jetzigen Augenblick die Berufung auf „Gesetz und Ordnung“, die vor dem Kommunismus geschützt werden müßten, nichts anderes ist als der interessierte Versuch, eine etablierte Unordnung aufrechtzuerhalten.

Aber nicht nur die Linke wirft der Rechten vor, daß sie dem Kommunismus in die Hände arbeitet, sondern ebenso die Rechte der Linken. Es sei verhängnisvoll, sich in soziale Experimente einzulassen und die antikommunistische Front aufzubrechen, während der Feind sich zum Entscheidungskampf rüste. Als der Islam anstürmte, zerbrach man sich auch nicht den Kopf darüber, was ihm seine Erfolge verschaffte, und verlor sich nicht in Akkommodationen, sondern man führte Kreuzzüge. Die Besserung der sozialen Verhältnisse allein biete keine Gewähr für eine Überwindung des Geistes des Kommunismus. Eine Lockerung der katholischen Einheit, wie sie sich aus den sozialwirtschaftlichen Plänen der Linken notwendig ergebe, bringe nur dem Kommunismus Vorteile.

Die Linke entgegnet, daß die hier angerufene antikommunistische Einheit ein phantasieloses, rein defensives Gebilde darstelle, das der kommunistischen Dynamik nicht gewachsen sei. Der Kreuzzugsruf, das heißt der Ruf nach autoritärer Gewalt gegen den Kommunismus, überzeuge nicht mehr. Wenn die Democrazia Cristiana darauf höre, werde sie Millionen von Wählern verlieren, die auf den sozialreformerischen Willen der Linken heute noch vertrauen. Das Ende könne dann nur der Bürgerkrieg sein. Der Kreuzzug der Rechten diene in Wahrheit nicht dem Kreuz, sondern der Verteidigung materieller Privilegien, besonders derjenigen der Industriellen und der Großgrundbesitzer. Wenn der Weg der sozialen Evolution auch von diesen Leuten einerseits und von den Kommunisten andererseits blockiert sei und zunächst die Gefahr mit sich bringe, daß die Kommunisten daraus Nutzen ziehen, müsse er begangen werden. Nur so könnten die vielen, die heute aus Hoffnung oder aus Furcht zu den Kommunisten halten, ihnen auf die Dauer entwunden werden. Es ist heute noch nicht abzusehen, ob, wann und wie die Entwicklung in Italien einen Kurs bekommen wird.

Ein anderer Don Camillo In der vorausgehenden Meldung über das italienische Dilemma wurde ein Aufsatz der Priesterzeitschrift „La Palestra del Clero“ erwähnt. Darin wird zugegeben, daß es dem italienischen Klerus nicht gelungen ist, die Überzeugung allgemein zu machen, daß man nicht zugleich Katholik und Kommunist sein kann. Weite Kreise des Proletariats nennen den Kommunismus mit derselben naiven Selbstverständlichkeit „partito nostro“, wie sie den Papst als „padre nostro“ betrachten. Das Dekret gegen den Kommunismus ist in ihren Augen ein Papier, mit dem der Klerus rebus sic stantibus seine Interessen unter den Schutz des gegenwärtigen Regimes stellt. Die religiöse Tragweite des Dekretes nehmen sie nicht ernst. Was soll nun ein Pfarrer tun, dessen Gemeinde in Toskana oder der Emilia zu drei Vierteln aus Kommunisten besteht? Wenn er das Dekret genau durchführt, muß er die Hälfte der Frauen und fast alle Männer als aus der Kirche ausgeschlossene behandeln. Andererseits muß er sich sagen, daß die Kirche Dekrete doch wohl erläßt, damit sie auch ausgeführt werden. Er darf die Wahrheit nicht preisgeben, und ebensowenig darf er die Menschen preisgeben, die ihm anvertraut sind. Seine Lage ist oft wahrhaft tragisch. Es liegt schon länger zurück, daß diese Tragik durch den offenen Brief eines Pfarrers in der Zeitschrift „Vita Cristiana“ (Jhg. 21, Nr. 6, November/Dezember 1952) einmal beim Namen genannt wurde. Um die italienische Situation, wie sie sich im Lande darstellt, verständlich zu machen, kam die englische Zeitschrift „Blackfriars“ im November 1953 darauf zurück. Der Fall hat inzwischen an Aktualität noch gewonnen, wenn man die Versteifung der Meinungen in Italien in Betracht zieht. Ein junger Priester wird zum Pfarrer eines roten Dorfes ernannt. Um seine hilflose Isolierung zu durchbrechen, nimmt er sich der Jugend an, nicht etwa in religiöser Betreuung. Das wäre ein zweckloses Bemühen gewesen. Er macht Schulungsabende, lehrt die Burschen diskutieren, reden, soziale Fragen durchdenken und manches andere. Nie fällt ein Wort über Religion oder gegen den Kommunismus. So überwindet der Pfarrer das anfängliche

Mißtrauen. Er bringt in längerer Bemühung einen Klub zusammen. Es kann keine Bekehrung daraus werden, beim geringsten Versuch würden alle weglaufen. Aber der Pfarrer gewinnt menschliches Vertrauen. Plötzlich, eines Tages beichtet einer der Jungen. Ganz unvermutet, auf freiem Feld. Er beichtet das Übliche, in großer Reue, in tiefer Sehnsucht, davon befreit zu werden. Der Pfarrer weiß, daß der Junge die Mitgliedskarte der Partei besitzt. Er weiß, daß er sie nicht hergeben würde. Soll er einem Sünder, der mit fragloser Reue vor ihm kniet, die Absolution verweigern? Wie der Pfarrer schreibt, nimmt er das an Reue und Bekenntnis, was ihm angeboten wird, und absolviert. Täte er es nicht, käme der Junge nie mehr wieder. So geht es lange fort. Der Bursche läßt die Sonne nicht untergehen über seiner Sünde. Dann kommt eine Volksmission. Der Dominikanerpater hält eine Savonarolapredigt gegen den Kommunismus. Er verfährt nach dem Dekret. Auch der junge Bursch erhält keine Absolution. Um Haaresbreite wäre nun alles zu Ende gewesen. Aber das Vertrauen zu seinem Pfarrer ist doch so stark, daß er zu ihm kommt, um ihm die Sache zu erzählen. Dem Pfarrer gelingt es, den erbitterten Jungen aufzufangen. Pfarrer und Pönitent schreiben dem Pater einen, eben den veröffentlichten Brief. Der Brief des Jungen lautet:

„Lieber Pater, Don Lorenzo erzählt mir, daß Sie und er über mich gesprochen haben. Er sagt, ich solle Ihnen verzeihen; denn Sie sind immer im Kloster, und wenn Sie Beicht hören, kennen Sie die Leute nicht und haben keine Erfahrung. Ich verzeihe Ihnen, weil ich jetzt bei der Kirche bin. Ich begreife, wenn ihr Priester Fehler macht, macht ihr sie nicht aus Eigensinn, sondern weil ihr nicht wißt, wie wir leben.

Aber Don Lorenzo sagt, wir haben auch ein wenig Schuld. Wir hätten immer um Sie herum sein sollen und Ihnen von morgens bis abends den Kopf voll reden sollen, wie wir leben. Wenn wir das gemacht hätten, dann hätten wir Ihr Herz zu uns herübergeholt. Denn Sie haben auch kein Herz von Stein, weit entfernt, und daß Sie mit den Reichen hielten, wie Sie es gemacht haben, das war nicht wegen Ihres Vorteils.

„Aus den Augen, aus dem Sinn“, sagte immer meine Großmutter. Sie lesen nur den „Mattino“, der den Kapitalisten gehört, und in der Kirche treffen Sie nur Geschäftsleute, Beamte und Reiche, die Ihnen erzählen, daß wir alle Lambretta fahren. Nun will ich Ihnen von meinem Leben erzählen, weil Don Lorenzo mich dazu aufgefordert hat. Zuerst sollen sie wissen, daß ich als Kommunist geboren bin. In meinem Dorf bekamen die Kommunisten 1946 70% der Stimmen. Wo ich arbeite, sind wir vierzig, und nur einer ist nicht in der CGIL (kommunistische Gewerkschaft). Meine Mutter geht zur Messe, aber auch sie wählt nicht die Priester. Und Vater, er spricht überhaupt nicht darüber. Er ist auch als Kommunist geboren. Als sein Vater starb, wollte er keinen Priester. Mein Vater sagt: „Wenn meine Kinder in die Kirche gehen wollen, können sie es machen. Wenn sie erst achtzehn sind und so denken wie ich, werden sie damit aufhören.“ Ich also ging nach der ersten Kommunion noch eine Zeitlang in die Kirche. Als ich erst fünfzehn war, ging ich nie mehr. Am Sonntagmorgen mit dem Vater auf die Jagd, abends mit meinen Freunden in den Volksklub.

Eines Abends traf ich Don Lorenzo. Er sagte zu mir: „Wenn die Arbeiter ihre Rechte verteidigen wollen, brau-

chen sie Schulung. Sie sollten sie nehmen, wo sie sie bekommen, auch von den Priestern.' Ich sagte, daß mir das gefalle. Denn in unserm Betrieb war einer, der uns alle still machte, weil er in die Schule gegangen war. So machten wir ab, daß ich nach dem Abendbrot zu Don Lorenzo in die Schule ging.

Es kamen noch mehrere, und Don Lorenzo sagte uns ohne weiteres: ‚Jungens, ich verspreche euch vor Gott, daß ich nur deshalb diese Stunden mache, um euch zu schulen. Ich werde euch immer über alles die Wahrheit sagen, ob es meinem Geschäft paßt oder nicht.' Ich sagte mir: ‚Das werden wir sehen. Wenn er politisch wird, bin ich weg.' Es vergingen einige Monate, und er kam nie auf Politik.

Eines Tages kam ein Junge von den Democristiani dazu. Wir gaben ihm drauf, und es kam zum Skandal. Don Lorenzo stieg auf den Tisch und sagte: ‚Diskutiert miteinander. Ich helfe euch, gut auszudrücken, was ihr sagen wollt.' Wir waren einverstanden. Und wir blieben; denn er ging gegen die Regierung, gegen die anderen und gegen uns. Wir sagten: ‚Wer hat denn nun recht?' Er sagte: ‚Ihr Dummköpfe, die Wahrheit hat keine Partei. Da gibt's kein Monopol wie bei den Zigaretten.' Der Junge von den Democristiani stand noch dümmer da als wir.

Schließlich wurden wir gute Freunde. Er war gerecht, ging gegen alle und verachtete die Zeitungen der anderen und die ‚Unità' genau gleich und lehrte uns, mit unserm eigenen Kopf zu denken. In unserer Partei waren sie nicht so wie er, aber bei den anderen auch nicht.

Ich blieb Kommunist, und in meinem Betrieb hatte ich die Beiträge einzusammeln. Mir schien, es ist die Partei des armen Mannes, und dann hielt ich auch immer zu meinem Vater. Ich glaubte, ein Sohn darf nicht gegen die Partei seines Vaters sein. Don Lorenzo sagt: ‚Du mußt immer dem Vater recht geben, auch wenn er flucht.' So schien es mir mit der Partei in Ordnung, und ich dachte wahrhaftig nicht, daß sie etwas mit Religion zu tun hat.

Aber da war etwas anderes, wo ich wußte, es ist etwas Schlechtes. Es waren die Schweinereien. Und eines Abends, nach der Schule, als ich der letzte war und Don Lorenzo mit mir nach Hause ging, entschloß ich mich und sagte: ‚Hörst du mich Beicht?' Er sagte: ‚Knie dich hin.'

So beichtete ich, nachts, auf dem Fußsteig, mir kamen die Tränen. Ich hatte ja immer ein schlechtes Gefühl, wenn ich das machte. Als Kind machten mir immer die Kreuzwegstationen soviel Eindruck, daß wir das sind, die ihm das antun. Dann hielt ich mich ein paar Monate und machte es nicht. Und dann fiel ich wieder und wurde beinahe ein Jahr nicht damit fertig. Aber ich beichtete immer. Damals fing ich wieder an, in die Messe zu gehen. Und ich ging immer zur Kommunion. Manchmal beichtete ich zweimal am Tage. Aber Don Lorenzo fragte mich nie nach der Partei.

So Pater. Das übrige werden Sie von Don Lorenzo hören. Mir liegt nichts an dem Beichtgeheimnis. Ich habe ihm erlaubt, Ihnen zu sagen, was er will. Mir liegt nur daran, euch Predigern zu helfen, daß ihr die Dinge wißt, damit ihr im Beichtstuhl die Leute mit Liebe Beichte hört, so wie unsere Priester das machen.

Mit freundlichem Gruß Ihr Giordano.“

In seiner eigenen Erläuterung zu diesem Brief sagt der Pfarrer: „Ich hatte Geduld mit einer langsamen, aber tiefen Wandlung in ihm. Ich wartete voller Freude, bis die Frucht reif werden und von selber fallen würde.“ Und

nun, nach der Verweigerung der Absolution: „Er hat den Schlag überlebt, obwohl er noch an der Narbe trägt . . . Zwei Jahre sind vergangen. Er hat die Parteikarte noch nicht weggeworfen. Macht das soviel aus? Für ihn bedeutet sie nichts. Sie haben jetzt Mißtrauen gegen ihn in der Partei, sie sagen, er ist Spion des Priesters. Es ist nicht wahr. Ich habe ihn nie gefragt, weder nach einer Sache noch nach einem Namen, niemals ein Wort. Er hat mir nie etwas erzählt. Für ihn ist es noch etwas Geheiligt, geheiligt durch den Glauben seines Vaters, den er liebt. Geheiligt durch den Glauben seiner eigenen Vergangenheit.“

Namens des angegriffenen Paters antwortete der Moraltheologe Tito S. Centi OP. Von der moraltheologischen Auseinandersetzung, in der manche Rücksichten zu bedenken waren, wollen wir hier nicht berichten. Was jedoch den Fall selbst betraf, gab der Professor dem Pfarrer recht. Selbstverständlich ist diese Entwicklung als ganzes eine Ausnahme. Auch Don Lorenzo scheint von allen seinen Schülern nur einen einzigen soweit gebracht zu haben. Aber auch diesen einen würde er wohl nicht gewonnen haben, hätte er ihn zu früh die ganze Strenge des Gesetzes fühlen lassen.

Insofern ist der Fall nun doch typisch, für die Schwierigkeit der Entscheidung nämlich, vor die der einzelne Priester heute in Italien gestellt ist. Wie Gunnar Kumlien vor kurzem im „Rheinischen Merkur“ schrieb (19. 3. 1953), hält man in Rom dafür, daß die Akkommodation an die Kommunisten oder gar die soziale Zusammenarbeit mit ihnen anders betrachtet werden muß als die Akkommodation in den Missionen, wo die Kirche mit eingewurzelten abergläubischen Denkweisen und Gefühlen immer duldsam verfahren ist. Die Kommunisten sind keine Heiden, sondern sie leben vom Ressentiment gegen ein Bürgertum, das sie insgeheim beneiden und dessen Standard jeder von ihnen für sich selbst anstrebt. Ressentiment und Haß aber, so meint man wohl in Rom, die sich im Feuer einer Ideologie zur Glut steigern, kann man durch Kompromisse und Geduld nicht zum Verglimmen bringen. Deshalb ist man an höchster Stelle in der Kirche überzeugt, daß nicht eine Milderung des Urteils über den Kommunismus, sondern nur die Beseitigung seiner Ursachen, nicht Sympathie, sondern tätige Liebe allein ihn überwinden kann. Was aber nun zu tun ist, bis man soweit sein wird, dafür gibt es in Italien augenblicklich keinen Rat.

Ein neuer Versuch der Arbeitermission in Spanien

Die Herder-Korrespondenz berichtete erst unlängst über die Abständigkeit der spanischen Arbeiter von der Kirche (vgl. ds. Jhg., S. 258). Einen neuen Versuch, die Arbeiter für den Glauben wiederzugewinnen, hat jetzt R. Capellau, der Diözesanseelsorger der HOAC in Logroño, einem Zentrum von „La Rioja“ (Ebro), unternommen. (Die HOAC entspricht in etwa der französischen Arbeiterbewegung der ACO.)

Capellau hatte auch in diesem Jahr wieder die Aufgabe, die üblichen Einkehrtage, wie sie in allen Pfarren Spaniens — nach Ständen gegliedert — während der Fastenzeit abgehalten werden, in Logroño für die Arbeiter durchzuführen. Da in den vergangenen Jahren der Kirchenraum für die Besucher nicht ausreichte, verlegte Capellau diesmal seine Predigten in einen Kinosaal mit 1400 Plätzen,

der jeden Abend von fast 2000 Arbeitern überfüllt war. Diese Übersiedlung in ein Kino machte es ihm möglich, von seinem Bischof die Erlaubnis zu erwirken, daß neben ihm auch ein Laie zu seinen Arbeitskameraden predigte. Er wählte zu diesem Zwecke einen Mann aus, der sowohl ein hervorragender Vorkämpfer der HOAC wie ein von zahlreichen Arbeitern geschätzter Kamerad ist. Der Laienprediger hatte die Aufgabe, durch sein Wort die Arbeitskollegen auf die Predigten des Priesters vorzubereiten.

Die Kommentare zu diesem Versuch waren anfangs zurückhaltend. Man vermutete einen verkleideten Priester; andere behaupteten, es handle sich um eine neue Form der Arbeiterpriester für Spanien. Später aber schwand das Mißtrauen, und Arbeiter und Presse erklärten, daß die Predigt von Priester und Laien viel wirksamer und ergreifender sei, als wenn der Priester allein spräche.

Nach jeder Predigt berichteten die Angehörigen der HOAC den „Predigern“ über die Reaktionen und Gespräche der Arbeiter über den vergangenen Abend, so daß Priester und Laie am folgenden Abend zu den Einwänden und Fragen der Arbeiter Stellung nehmen konnten. Wenn man sich auch darüber im klaren ist, daß diese Predigten zunächst wegen ihrer ungewöhnlichen Form zahlreiche Hörer gefunden haben, so glaubt man doch, daß diese Verkündigungsform ein neuer Weg zu den Herzen der spanischen Arbeiter sein kann.

Ein spanischer Aufruf zur Hilfe für Südamerika In der von ihm geleiteten Zeitschrift der Katholischen Aktion Spaniens „Ecclesia“ (vom 20. 2.) macht P. Jesús Iribarren den Vorschlag, dem von Priestern entblößten lateinamerikanischen Kontinent durch die Entsendung von 10000 Priestern und Ordensleuten des spanischen Mutterlandes eine wirksame Hilfe gegen die drei großen Gefahren, die heute Mittel- und Südamerika bedrohen (Kommunismus, Protestantismus und Säkularismus), zu gewähren. In diesem Aufruf beschäftigt sich Iribarren zunächst mit den Kritiken katholischer Zeitschriften Amerikas, Englands und Frankreichs, die, wie er sagt, ein schiefes Bild von der gegenwärtigen Lage des spanischen Katholizismus zeichnen. Daß Spanien nicht nur eine katholische Nation von Staates Gnaden sei, sondern tatsächlich von einer christlichen Gesellschaft getragen werde, könne man am besten an der Entwicklung der religiösen Berufungen ablesen. 1953 zählte man in Spanien 22087 Weltpriester und 7493 Ordenspriester; dazu kamen 17205 männliche und 63267 weibliche Ordensangehörige (1925 gab es insgesamt 55581 Religiöse beiderlei Geschlechts; 1945 waren es — nach den Verlusten durch den Bürgerkrieg — schon wieder 58536). Bei einer Bevölkerung von 28 Millionen kommt also in Spanien auf 280 Einwohner ein religiöser Beruf. Berücksichtigt man die 25000 spanischen Priester und Ordensangehörigen, die in den Missionen tätig sind, so fällt die Zahl sogar auf 225. „Berufungen gedeihen nur in einer katholischen Umgebung“, sagt Iribarren. Wenn man bedenkt, daß immer nur eine kleine Zahl dieser Berufungen bis zur Ausweihung oder den Gelübden durchhält, dann kann man an Hand dieser Zahlen feststellen, daß die Liebe Gottes sehr groß sein muß, die sich den jungen Menschen, Jungen wie Mädchen, mitteilt, so daß sie wünschen, ihr Leben Gott ganz zu weihen.

Man spräche immer vom Fluchen, von der Sonntagsarbeit und vom Antiklerikalismus in Spanien. Wer wüßte wohl nicht, daß der Mensch nicht immer logisch handele, auch wenn er ein vernünftiges Wesen sei? — „Mit Tränen der Rührung in den Augen unterschreibt der antiklerikal-gesonnene Vater die Papiere, wenn sein Sohn ins Seminar eintreten will.“

In den letzten Jahren hat die Zahl der Priester- und Ordensberufe ständig zugenommen. Im Augenblick besteht der Eindruck, daß Hunderte von Jungen, die die Diözesan- und Ordensseminare besuchen wollen, weder wirtschaftlich unterstützt noch überhaupt erst aufgenommen werden. Die Aufnahmeprüfungen wurden in letzter Zeit immer mehr erschwert. Einzelne Bistümer weisen zur Zeit Kandidaten grundsätzlich ab. Die heute in Spanien vorhandene Zahl von 102000 Priestern und Ordensleuten ließe sich ohne Schwierigkeiten erhöhen.

Hier stellt nun Iribarren seine „kühne“ Frage. „Ist es möglich, Priester- und Ordensberufe zu exportieren?“ Iribarren weist darauf hin, daß die protestantischen Religionsgemeinschaften seit dem Zusammenbruch der chinesischen Missionen 10000 Prediger nach Lateinamerika geschickt haben. „Was würde es für Spanien für Folgen haben, wenn wir plötzlich 10% unserer Geistlichen und Ordensleute: 2000 Weltpriester, 2000 männliche Ordensangehörige und 6000 Schwestern an Lateinamerika abtreten würden? — Wahrscheinlich nichts. Und was für Südamerika, wenn die spanische Kirche ein solches Angebot dem Heiligen Stuhl unterbreiten würde? — Sicher viel. Vielleicht könnte in diesem entscheidungsvollen Augenblick der Krise Rettung gebracht werden — für die Zukunft der katholischen Kirche in der neuen Welt.“

Daß Süd- und Mittelamerika zur Bewältigung dieser Krise vor allem Priester benötigt, ist bekannt. Iribarren stellt fest, daß die Zahl der Neupriester 1953 in Spanien doppelt so groß war wie in 19 süd- und mittelamerikanischen Staaten zusammen. Allein die Diözese Pamplona hatte in einem Jahr mehr Neupriester aufzuweisen als Costa Rica, Cuba, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, Puerto Rico, die Dominikanische Republik, San Salvador, Bolivien und Paraguay zusammen. (Nur die Länder Mexiko, Columbien, Brasilien und Argentinien erreichen die Zahl von 50 Neupriestern jährlich.) Iribarren schließt seinen Aufruf mit der Frage: „Berechtigen diese Statistiken nicht zu Optimismus und zu einem Akt hochherziger Kühnheit?“

Programm der Sozialen Woche in Frankreich 1954 Die Soziale Woche der französischen Katholiken findet in diesem Jahr vom 20.—25. Juli in Rennes statt. Sie steht unter dem Thema: Krise der Macht und Krise des Staatsbürgertums. Den Einführungsvortrag hält wie in den vergangenen Jahren der Präsident der französischen Sozialen Wochen, Charles Flory, über das Thema: „Die Krise der Macht und das öffentliche Gewissen.“ Die einzelnen Themen lauten:
 Der Staat: Gesellschaft und Macht (Marcel Prélot)
 Der umsichgreifende Staat (René Savatier)
 Der überfremdete Staat (Paul Delouvrier)
 Der geteilte Staat (J. M. Auby)
 Der überlastete Staat: der Konflikt zwischen Politik und Wirtschaft (Georges Vedel)
 Der Beitrag des Christentums zur Polis (Gabriel Le Bras)

Gemeinwohl und politische Macht (Msgr. de Solages)
 Ist der Christ indifferent? (P. D'Ouince SJ)
 Der Begriff der Legitimität und Volkssouveränität
 (Msgr. Blanchet)
 Öffentliches und Privates (René Therry)
 Die gegenwärtigen Aufgaben des Staates im wirtschaftlichen und sozialen Bereich (H. Krier)
 Das öffentliche Unternehmen (Yves Mainguy)
 Der Funktionär im Staat (Pierre Join-Lambert)
 Die öffentlichen Gewalten vor dem wirtschaftlichen Antagonismus (Maurice Bye)
 Die öffentlichen Gewalten vor den Sozialkonflikten (Charles Blondel)
 Zwischenorganisationen und Interessengruppen (Jean Rivero)
 Erziehung zum Staatsbürgertum (Pierre-Henri Simon).

Ein Fall Finaly in Holland Die holländische Öffentlichkeit beschäftigt sich zur Zeit mit dem Los zweier jüdischer Waisenkinder, denen ähnliches wie den Gebrüdern Finaly vor einem Jahr in Frankreich widerfahren ist (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 319 und 497).

Es handelt sich um die beiden vierzehnjährigen Mädchen Rebecca Melhado und Anneke Beekman, die von Geburt Jüdinnen, nach dem Tod ihrer Eltern in Auschwitz von Frau Elisabeth van Moorst in Hilversum adoptiert, getauft und katholisch erzogen worden waren. Nach dem Krieg wurden die Kinder von einem holländischen Gericht unter die Vormundschaft eines zum Schutze jüdischer Kriegswaisen gegründeten israelitischen Komitees gestellt. Frau van Moorst erkannte dieses Urteil nicht an, sondern nahm 1948 ihre Mündel von der katholischen Schule in Hilversum und floh mit ihnen nach Belgien in die Provinz Limburg. Während der folgenden vier Jahre lebten die beiden Mädchen ohne Kenntnis der Behörden im Kloster Valmaar. Nachdem das Pensionat im August 1953 seinen Unterricht eingestellt hatte, hielten sich die Mädchen in einer belgischen Familie auf, die, durch eine Suchaktion der belgischen Polizei veranlaßt, Rebecca den Ursulinen von Saint-Truiden und Anneke dem „Institut Maria, Helferin der Armen“ in Banneux übergab. Am 13. März wurde Rebecca Melhado von der Polizei aufgegriffen und nach Amsterdam überführt. Anneke Beekman und ihre Pflegemutter, Frau van Moorst, konnten sich dem Zugriff der Polizei entziehen. Ihr gegenwärtiger Aufenthaltsort ist unbekannt.

Wie „La Croix“ (vom 18. 3.) mitteilt, wird Frau van Moorst vermutlich von belgischer Seite wegen Führen falscher Namen, illegalem Aufenthalt in Belgien und wahrscheinlich auch wegen Kindesentführung angeklagt werden. Nicht sicher scheint zu sein, ob die Schwestern von Banneux die besondere Situation von Anneke Beekman genau kannten. Man weiß bis jetzt auch noch nicht, unter welchen Bedingungen das Kind getauft und katholisch erzogen worden ist.

Nachdem nach dem Verschwinden der Kinder bereits von nichtkatholischer Seite versucht worden war, den Erzbischof von Utrecht dazu zu bewegen, die Pflegemutter zur Rückgabe der Kinder zu zwingen, wandten sich die beiden Oberrabbiner der Niederländisch-Israelitischen bzw. Portugiesisch-Israelitischen Religionsgemeinschaft am 14. 3. erneut an Erzbischof-Koadjutor von Utrecht,

Bernhard Alfrink, und an den Erzbischof von Mecheln, Kardinal van Roy, da — wie es in dem Telegramm heißt — „einige Einrichtungen, die unter Ihrer kirchlichen Autorität stehen, am Verschwinden der Kinder mitschuldig sind“. Kardinal van Roy hat auf dieses Ersuchen bis jetzt noch nicht geantwortet. Erzbischof Alfrink, den schon vor einiger Zeit eine ähnliche Aufforderung der holländischen Oberrabbiner erreichte, hatte damals geantwortet, die kirchlichen Behörden hätten zwar den Pflegeeltern deutlich gemacht, daß keine Gewissenspflicht für sie bestünde, die Kinder vor dem Zugriff der Behörden zu verbergen; daß die Kirche es andererseits ablehnen müsse, auf die Beteiligten im positiven Sinn einzuwirken. Ähnlich erklärten auch die Professoren Wilhelm Pompe, Utrecht, und Charles Petit, Nijmegen, daß man von den kirchlichen Behörden nicht verlangen könne, daß sie sich einsetzten, um die Entscheidungen der weltlichen Richter zu verwirklichen. Der holländische Justizminister Dr. Donker, der der sozialistischen Partei angehört, erklärte auf Grund einer Interpellation der Generalstaaten, man habe kein Recht, diese Stellungnahme von Erzbischof-Koadjutor Alfrink zu kritisieren.

Am 29. 3. hat dann nach einer Meldung von KNA Erzbischof Alfrink das Ansinnen der beiden holländischen Oberrabbiner in einer öffentlichen Erklärung zurückgewiesen. In dieser Erklärung heißt es, das junge Mädchen (Anneke Beekman) habe sich offensichtlich freiwillig der Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes entzogen, weil es bei seinen Pflegeeltern, unter deren Obhut es seit frühester Kindheit gestanden hat und die ihr Leben für seine Rettung eingesetzt haben, zu bleiben wünscht. „Wenn das Mädchen die persönliche Freiheit für sich verlangt, sich nicht auf das weltliche Urteil hinsichtlich seiner Zukunft gebunden achtet, so wollen und müssen die kirchlichen Behörden diese freie Willensentscheidung des Mädchens anerkennen. Ebenso wenig wie der Erzbischof jemals seine Mitwirkung dazu bieten würde, das Mädchen gegen seinen Willen in eine katholische Umgebung zu zwingen, so widerstreitet es auch seinem Gefühl, die Hand dazu zu bieten, dieses Mädchen gegen seinen Willen in eine andere Umgebung zu verpflanzen.“ Der Erzbischof appelliert an die jüdische Gemeinde, im Interesse des unglücklichen Kindes freiwillig von der ihr übertragenen Vormundschaft zurückzutreten und die Fahndungsaktion nach dem Kinde einzustellen, damit es endlich die physische und psychische Ruhe finden möge, auf die es ein Anrecht hat.

Die beiden jüdischen Gemeinden haben auf diese Erklärung geantwortet, sie würden ihre Aktion fortsetzen. Am 26. 3. hat die Amsterdamer Polizei die Schwester von Frau van Moorst, Frau Langendyk, in ihrer Wohnung in Hilversum verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Amsterdam eingeliefert.

Aus der totalitären Welt

Chronik der litauischen Kirchenverfolgung

Der „Osservatore Romano“ übernahm am 19. 3. 1954 eine Kipa-Meldung, derzufolge in der Kominform-Druckerei in Bukarest falsche Hirtenbriefe für die östlichen Länder hergestellt werden. In Polen und in der Tschechoslowakei sind verdächtige Dokumente dieser Art aufgetaucht. Ein Hirtenbrief, der dem „Osservatore“ vorlag

und dessen Echtheit fragwürdig ist, stammt von dem einzigen Bischof, der heute noch in Litauen amtiert, dem 77jährigen Msgr. Paltarokas in Panevezys, der zugleich als Kapitularvikar das Erzbistum Wilna verwaltet.

Der Hirtenbrief ist dazu bestimmt, von der Religionsfreiheit in diesem Lande zu überzeugen. Es heißt darin, daß in Litauen 688 katholische Kirchen von 741 Priestern betreut werden. Im Seminar von Kowno bereiteten 75 Theologen sich auf die Priesterweihe vor.

1939 gab es in Litauen nach Angabe des „Osservatore Romano“ 900 Kirchen, 1600 Weltgeistliche und 500 Ordenspriester. Das Seminar von Kowno zählte noch 1945 300 Studenten. Der Hirtenbrief spricht von zwei Erzbistümern und vier Bistümern. Er erwähnt nicht, daß sieben Bischöfe getötet, eingekerkert oder ins Exil gezwungen wurden. Nach den römischen Informationen werden drei Diözesen, nämlich Kowno, Vilkaviskis und Kaisedorys, von Kanonikus Stankevicius als Kapitularvikar und die Diözese Telsiai von Kanonikus Manelis als Generalvikar verwaltet.

Aus den Ausführungen des Hirtenbriefes, der verschiedene Ausdrucksweisen enthält, die den Verdacht stärken, daß er nicht echt ist, geht weiter hervor, daß die großen Feste gefeiert und an diesen Tagen die Glocken geläutet werden durften, daß die Eltern ihre Kinder auf die Erstkommunion vorbereiten und die Priester sie in der Kirche examinieren, daß von der Kanzel katechetische Ansprachen verlesen werden und daß der Bischof die Firmung spenden konnte.

Bestenfalls zeigt der Hirtenbrief also, daß in Litauen ebenso wie in anderen Ländern des Ostens noch eine beschränkte Kultusfreiheit besteht.

Nach den Informationen von Litauern, die im Exil leben, nehmen die Gläubigen, die noch im Lande sind, tatsächlich jede Gelegenheit wahr, Gottesdienst zu feiern. Wie schwer sie es dabei haben, zeigt die Tatsache, daß für eine kirchliche Trauung 600 Rubel Steuern verlangt werden, für die Ziviltrauung dagegen nur 6 Rubel, und daß ein kirchliches Begräbnis mit 500 Rubeln versteuert wird. Die Geistlichen besitzen keine bürgerlichen Rechte und sind ganz auf die Unterstützung durch das verarmte Volk angewiesen. Jugendorganisationen und Partei setzen wie überall das Mögliche daran, das religiöse Bewußtsein auszurotten. Trotzdem erscheinen von Zeit zu Zeit selbst in der Sowjetpresse Meldungen, aus denen man ersehen kann, daß dieses Ziel sogar in den dem Namen nach kommunistischen Kreisen noch nicht erreicht werden konnte. Die Zahl der Priester, die in den baltischen Ländern insgesamt dem sowjetischen Terror zum Opfer gefallen sind, wird auf 1400 geschätzt.

Chronik der polnischen Kirchenverfolgung

Das wichtigste Ereignis in der polnischen Innenpolitik ist die Ernennung des bisherigen Präsidenten Bierut zum Generalsekretär der „Vereinigten polnischen Arbeiterpartei“. Auf dem Parteikongreß am 12. März sagte er über das Verhältnis zur Kirche: „In dieser Beziehung muß festgestellt werden, daß in letzter Zeit zahlreiche Veränderungen eingetreten sind, die der Normalisierung dieser Beziehungen dienen. Die überwiegende Mehrheit der polnischen Geistlichkeit nimmt gegenüber unserem System eine positive Haltung ein, bedient sich der Möglichkeiten zur vollen Befriedigung der religiösen Be-

dürfnisse der Gläubigen und erfüllt loyal ihre Verpflichtungen.“

„Auf zahlreichen Kongressen und Konferenzen nimmt die polnische Geistlichkeit immer entschiedener Stellung gegen alle Versuche, die Religion für politische Zwecke entgegen den Interessen Volkspolens zu mißbrauchen, und erklärt, daß sie der Kirche in Polen nicht erlauben wird (sic), ein Zentrum innerer Reibungen und eine Grundlage für verbrecherische Verschwörungen der Feinde Volkspolens — der neonazistischen Revanchepolitiker und ihrer Herren in Übersee — zu werden. Alle Versuche, die Religion und die Kirche für politische, gegen Polen gerichtete Zwecke zu mißbrauchen, und alle Versuche, gegen die Volksmacht zu hetzen, werden natürlich von uns mit aller Entschiedenheit zunichte gemacht werden. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, daß die in unserer Verfassung garantierte Gewissensfreiheit geachtet wird, um den religiösen Bedürfnissen der Gläubigen genüge zu tun.“

Über Kardinal Wyszynski sagte Bierut nichts. Nach einer Meldung des Dubliner „Standard“, der über den Osten gut informiert ist, sind führende Kreise der Partei in Warschau darüber enttäuscht, daß der Kardinal, der sich nach derselben Meldung im Ljublanka-Gefängnis in Moskau befindet, keine Geständnisse abgelegt hat, die einen Prozeß gegen ihn ermöglichen.

Die polnische Regierung hat im Glauben an die doktrinaire Beeinflussbarkeit des Klerus in den Seminaren von Breslau und Posen, den westlichsten des Landes, auf Initiative der patriotischen Priestervereinigung besondere Kurse „zur Vorbereitung auf die Tätigkeit eines Priesters im sozialistischen System“ erzwungen. Die Seminarbibliotheken wurden von „staatsfeindlichen Büchern“ gesäubert. Der Klerus ist angewiesen worden, im Brautunterricht die Pflichten der Eheleute gegen die Volksdemokratie eingehend zu behandeln. Auch in der Beichte soll dazu aufgefordert werden.

Als Illustration zur Selbstdarstellung der Kirchenbauhilfe des polnischen Staates, von der wir in diesem Jhg., S. 218, berichteten, darf die Meldung dienen, daß in der neuen Industriestadt Nowa Huta bei Krakau, die jetzt 40000 Einwohner zählt, ein Kirchenbau nicht vorgesehen ist.

Der polnische Nachrichtendienst übermittelte uns den Bericht über eine Sitzung des Präsidiums der „Landeskommission geistlicher und weltlicher katholischer Vertreter beim gesamt-polnischen Komitee der Nationalen Front“ am 23. und 24. Februar in Warschau. Daran nahmen u. a. teil: „Hochwürden Domherr Jablonski, Kanzler der Kurie Breslau, Hochwürden Prälat Banach, Generalvikar des Bistums Oppeln, Hochwürden Oberst Szemraj, Generaldechant des polnischen Heeres, Hochwürden Prof. Hust, Generalvikar der Erzdiözese Krakau, Hochwürden Sliwakowski, Vorsitzender der Wojewodschaftskommission Kielce, Hochwürden Redakteur Radosz und Hochwürden Oberst Butrymowicz.“ Die hochwürdige Versammlung verfaßte eine Erklärung zur Berliner Konferenz. Darin heißt ein Absatz:

„Schmerzlich berührt uns die Tatsache, daß die gegenwärtige Aktion einflußreicher politischer Kreise des Vatikans die alten Traditionen einer Organisierung Kleinsuropas unterstützt, indem sie in dessen Zentrum einen Block stellt, der sich auf die Verbindung von Österreich und Westdeutschland stützt. Wir stellen von unserem

katholischen Standpunkt aus klar fest, daß die Rolle des Katholizismus sich mit der Perspektive eines ganzen Europa verbindet, das politisch im Sinne der Richtlinien eines Kollektivpaktes für europäische Sicherheit organisiert ist.“ „Die Verhandlungen zwischen den Großmächten unter Teilnahme der Volksrepublik China im April dieses Jahres sind ein Sieg der konsequenten Politik der UdSSR sowie der weltweiten Friedenskräfte.“

Chronik der tschechoslowakischen Kirchenverfolgung In letzter Zeit verstärkt sich der Zwang zu Kirchaustritten gegenüber Soldaten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Die Austrittserklärungen werden streng geheimgehalten und beim Kirchenamt in Prag zentral registriert. Es wird angenommen, daß sie dazu dienen sollen, weitere Kirchen zu schließen und die Zahl der Geistlichen herabzusetzen. In manchen Gemeinden bedienen sich die Kommunisten unwürdiger Methoden, um ihr Ziel zu erreichen. Sie ersetzen den Ortsgeistlichen durch einen abgefallenen Priester von anstößigem Lebenswandel, um das Ärgernis der Bevölkerung zur Austrittspropaganda zu benutzen.

An einem Kongreß des Zentralkomitees der Nationalen Front zur Vorbereitung der Wahlen, dem der Minister Plojhar präsierte, nahm kürzlich auch der Apostolische Administrator von Kaschau, Carsky, teil und versicherte die Regierung der loyalen Mitarbeit der Kirche in der Nationalen Front. Bischof Picha von Königgrätz, mit seinen 85 Jahren der einzige Bischof des Landes, der sich auf freiem Fuß innerhalb seiner Diözese befindet, sprach auf einer Versammlung des Diözesan-Friedensausschusses des katholischen Klerus über Nächstenliebe und Friedensliebe. Es war nach langer Zurückgezogenheit sein erstes öffentliches Auftreten.

Chronik der ungarischen Kirchenverfolgung Aus Ungarn wird von einer Art von Pause im Kampf gegen die Kirche berichtet, die mit der Beruhigungspolitik der Regierung Nagy zusammenhängen dürfte. Zur Feier des Marianischen Jahres sind in verschiedenen Städten des Landes besondere Festtage und Wallfahrten zu den Marienheiligümern angekündigt worden. Am Krönungstag des Papstes konnte der Doyen des Episkopates, Erzbischof Czapik von Erlau, in Budapest einen feierlichen Dankgottesdienst abhalten. Der ungarische Nachrichtendienst berichtete, daß in der ungarischen Hauptstadt zur Zeit 134 Kirchen geöffnet sind, in denen 1953 10 Millionen Gläubigen die Kommunion, 10 000 Kindern die Erstkommunion und 5000 die Firmung gespendet werden konnte. In 20 Kirchen werden Abendmessen gehalten.

Der Bischof von Vacz, Msgr. Josef Petery, der längere Zeit hindurch an unbekanntem Ort gefangen gehalten wurde, soll seine Amtsgeschäfte wieder übernommen haben. Er stand eine Zeitlang im Mittelpunkt der Presseangriffe gegen den Episkopat, die jetzt nachgelassen haben.

Der Apostolische Administrator von Gran, Bischof Hamvas, hat die Geistlichen aufgefordert, die sonntägliche Christenlehre wiederaufzunehmen. Obwohl der Religionsunterricht nur in den Schulen abgehalten werden darf, stehe nichts im Wege, daß die Gläubigen in der Kirche unterwiesen werden, sofern die Christenlehre nicht

in katechetischem Gespräch, sondern als Predigt gegeben wird. Derselbe Bischof dankte den Gläubigen des Bistums für die Spende von ungefähr 400 000 DM, mit der sie auf seinen Notruf zugunsten der verarmten Gotteshäuser und des notleidenden Teils des Klerus geantwortet haben.

Chronik der jugoslawischen Kirchenverfolgung Am 29. Januar dieses Jahres beschuldigte Präsident Tito den Heiligen Stuhl, die Herstellung normaler Beziehungen zur Katholischen Kirche verhindert zu haben. Der „Osservatore Romano“ hielt dieser Anklage eine Tatsache entgegen, die nicht vergessen werden darf. Als der stellvertretende Ministerpräsident Rankovic den Abbruch der diplomatischen Beziehungen rechtfertigte, verlas er ein Schreiben des päpstlichen Staatssekretariates an die jugoslawischen Bischöfe. Der „Osservatore“ wies am 31. 5. 1953 nach, daß der Minister den entscheidenden Passus dieses Schreibens, in dem der Heilige Stuhl sich zur Pflege der Beziehungen mit Belgrad ausdrücklich bereit erklärte, dem Parlament wissentlich unterschlug. Daraus allein geht hervor, daß die jugoslawische Regierung sich schuldig fühlte.

Aus einer wilden Rede des slowenischen kommunistischen Führers Miha Marinko in Laibach, der nach „tatkräftigen Maßnahmen“ rief, um „die Kirche für immer lahmzulegen“ und „Gott, Christus und die Jungfrau Maria aus den Hirnen des slowenischen Landvolks zu eliminieren“, entnimmt man für die kommende Zeit nichts Gutes. Da zu erwarten ist, daß das Volk auf diese tatkräftigen Maßnahmen mit Unruhen antworten kann, müssen Reisen nach Jugoslawien in diesem Sommer als gefährlich angesehen werden. Schon im vorigen Jahre wurden ausländische Touristen, die Augenzeugen brutalster Mißhandlungen von Priestern waren, belästigt und beschimpft.

Der Präsident der Kommission für die Beziehungen von Staat und Kirche, Radosavljevic, gab offiziell bekannt, daß sich zur Zeit 158 Priester, darunter 124 katholische, in den Gefängnissen befinden. Alle seien wegen Kollaboration im Kriege oder wegen feindlicher Handlungen nach dem Kriege verurteilt worden. Im letzten Jahr hätten 124 Priester das Gefängnis verlassen, 83 von ihnen seien vorzeitig begnadigt worden. Zahlen über die verhafteten Ordensleute gab der Sprecher nicht bekannt. Es wurde auch nicht ersichtlich, wie viele Priester noch in Konzentrationslagern festgehalten und durch sonstige Freiheitsbeschränkungen an der Ausübung ihrer Amtes verhindert sind.

Aus den Missionen

Daß die ganze katholische Welt sich ihrer Gemeinschaft mit der verfolgten Kirche Chinas voll bewußt werde. Missionsgebetsintention für Juni 1954 Die große Chinamission, Gegenstand der Hauptanstrengungen der katholischen Mission in Asien, ist heute fast ohne ausländische Missionare. Am 9. Februar waren noch 217 fremde Glaubensboten im Lande, alle ohne Arbeitsmöglichkeit, ein Drittel davon in kommunistischen Gefängnissen. Im Augenblick dürfte die Zahl nur noch etwa 100 betragen. In noch nicht fünf Jahren ereignete sich der größte Exodus katholischer Missionskräfte der neuesten Zeit, in der zeitlichen Zusammendrängung sicherlich der umfangreichste der Mis-

sionsgeschichte überhaupt. Mehr als die Hälfte der in Asien angesetzten ausländischen Kräfte, die unter der Propagandakongregation arbeiteten, kehrte heim, von der Regierung Chinas als „Werkzeuge des westlichen Imperialismus“ gebrandmarkt.

Es ist lehrreich, den Abbau der Missionskräfte an Hand der Statistik zu verfolgen. Daraus wird der systematische Charakter der Austreibung ersichtlich. Die ersten Rückkehrer waren nicht alle Zwangsverschickte. Angesichts der drohenden Verfolgung zog die Mission mit Zustimmung von Rom die meisten Kranken und die Alten wenigstens in den küstennahen Gebieten zurück, damit die Gesunden ohne Rücksicht auf Kranke und Schwache den heroischen Kampf um die Verteidigung der ihnen anvertrauten Christen freier führen konnten. Es ist der Ruhm der Chinamissionare, daß sie nicht wie mehrere tausend protestantische Amerikaner in den dreißiger Jahren auf den Druck der Konsulate Englands und Amerikas vor der drohenden Verfolgung das Feld räumten, sondern, den Anweisungen Roms gehorchend, bis zum Schluß standhielten. Sie nahmen die Schmach der Volksgerichte auf sich, bevölkerten zu Hunderten die Gefängnisse, wurden Opfer der Technik der Entpersönlichung in den kommunistischen Versuchen, ihren Willen zu beugen, starben zu Dutzenden für den Glauben. Zweitausend von ihnen hat ein französischer Missionar in Hongkong die „Befreiungsbrücke“ vom kommunistischen China zum englischen Gebiet überschreiten sehen: meist abgemagerte, verstörte Gestalten, deren Seele und Leib die Folgen erlittener Mißhandlungen zeigten. Man kann den westlichen Missionaren nicht nachsagen, daß sie ihre Herde treulos verließen, und auch die einheimischen Priester erlebten, daß ihre Missionare bei ihnen bis zum Letzten aushielten. Das ist für jeden Neubeginn der Chinamission von entscheidender religiöser und psychologischer Bedeutung.

Kurz vor der kommunistischen Machtergreifung im Jahre 1949 erlebte die Chinamission den absoluten Höhepunkt des Einsatzes westlicher Kräfte in ihrer langen, wechselvollen Geschichte: 3500 Priester, 2500 Schwestern, 475 Brüder, zusammen rund 6500. Am 1. Januar 1951 war nur noch die Hälfte (3222) im Lande, am folgenden 1. Januar waren es nur noch 1848, am 1. Januar 1953 nur noch 753, am 1. Januar 1954 265.

Größere Zusammenhänge

Man muß die Tatsache der Vertreibung der ausländischen Missionskräfte aus China in größerem Zusammenhang sehen, um sich ein allseitiges Bild über die Gesamtmissionslage in Asien zu machen. In Indien ist im letzten Jahr nur die Hälfte der Einreisegesuche von katholischen Missionaren positiv erledigt worden. Auf dem Hintergrund der leidenschaftlichen Debatte des Vorjahres, die sich an die Erklärungen des Ministers Katju anschloß und die bis jetzt nicht zu einer klaren und eindeutigen Haltung der Regierung zur Frage der ausländischen Missionare führte, gewinnt diese Tatsache der Erschwerung von Einreisen besondere Bedeutung. Birma läßt nur für je einen ausscheidenden Missionar einen neuen zu. Die endlose Verschleppung der Einreisegesuche in Indonesien durch die Beamtenbürokratie Indonesiens hat im Vorjahr schon zu einem akuten Kräftemangel in diesem Land geführt. Den Sinn dieser Taktik hat der indonesische Staatssekretär des Ministeriums für religiöse Angelegen-

heiten Kafrawi im November 1953 bei einem Besuche in Bonn enthüllt: „Die Regierung ist der Meinung, daß Indonesien keine neuen Missionare aus dem Ausland braucht. Sie sieht Indonesien als freie Nation an, die in der Lage ist, ihre Missionsbedürfnisse selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb sind keine Missionen zuzulassen, die vorher noch keine Verbindung mit Indonesien hatten.“ Wo der Kommunismus ans Ruder kommt, verfolgt er auch die einheimische Kirche. Das ist wegen der Unversöhnlichkeit von kommunistischer Ideologie und christlicher Lehre selbstverständlich. Aber die durch ganz Asien gehende Strömung gegen fremde Missionare, die auch in Japan oder Korea sich einmal zeigen kann, deutet darauf hin, daß auch die Chinamission nach einer Überwindung des Kommunismus nicht mit dem massiven Einsatz ausländischer Missionare neu beginnen könnte. Der Einsatz der Mission in Asien verschiebt sich immer mehr auf die Leistung der einheimischen Kirche selbst, die ausländische Helfer in dienender Stellung zu Hilfe ruft. Die Missionspolitik Roms hat dieses Ziel seit 35 Jahren beharrlich vor Augen. Deshalb ist die Rettung der einheimischen Kirche Chinas für die Zukunft der Chinamission von entscheidender Bedeutung.

Die einheimische Kirche Chinas

Bei Beginn der kommunistischen Herrschaft gab es in China rund 3 Millionen Katholiken. Sie gehörten meist den einfachen Ständen an, obwohl in den Städten eine geistige Elite im Wachsen war. Allzu lange hatte sich die Kirche unter dem Einfluß der europäischen Kulturströmung in der Mission, die das gewaltige Problem der Anpassung an die chinesische Kultur in seiner Dringlichkeit nicht sah oder nicht anzupacken wagte, dem Landvolk zugewandt. Erst in den letzten Jahrzehnten hat man das Intellektuellenapostolat unter der richtunggebenden Führung Roms in der neuen Chinamission stärker angepackt und ist so zu den Methoden eines Ricci zurückgekehrt, die nur Teilelement einer Rückkehr zu den Methoden des hl. Paulus waren. Nur langsam ist eine geistige Elite im neuen China gewachsen. Der Prozeß wurde begünstigt durch die Lösung der Kirche von den Protektoraten und den betonten Willen Roms, die Kirche ganz in den einheimischen Kulturboden hineinwachsen zu lassen. Die Katholiken Chinas, durch öftere Verfolgung am wirtschaftlichen Aufstieg gehindert, sind meist wenig begütert. Sie bildeten also mit ihrem Besitz keinen Angriffspunkt für eine kommunistische Sozialreform. Nur der Kirchenbesitz, der in einigen Missionen (es gab mehr „arme“ als „reiche“) zur Fundierung der umfangreichen Caritas-, Sozial- und Schularbeit als notwendig erachtet wurde, konnte die Habgier der neuen Herren reizen.

Wo die Katholiken in der Zerstreung wohnten, vermochten sie keinen kollektiven Widerstand zu leisten. Das war und ist nur in geschlossenen christlichen Bezirken und vor allem in einigen Großstädten (Peking, Schanghai, Hankow usw.) möglich, wo bis zur Stunde ein heldenhafter kollektiver Widerstand geleistet wird, der beispielgebend für die ganze katholische Welt ist. In den großen Städten ließen die Kommunisten bis in die jüngste Zeit eine begrenzte gottesdienstliche Freiheit, um eine Grundlage für ihre Pläne der Gründung einer schismatischen Kirche zu haben und dem Ausland ein Schaustück ihrer religiösen Toleranz zu bieten. Aber auch diese Freiheit ist zu Ende. In Hankow und Peking, zwei der letzten

Zentren heroischen Widerstandes, hat in diesen Wochen der Generalangriff gegen Klerus und Volk begonnen. Praktisch ist die Kirche Chinas aller ihrer äußeren Hilfsmittel, vor allem auch ihrer Kommunikationsmittel (Presse, Rundfunk usw.) beraubt. Ja, man hat in allen Diözesen eine oder mehrere „katholische“ Zeitschriften gegründet, die durch Nachrichten, Verdrehungen von Tatsachen, grobe Täuschungsmanöver ein Höchstmaß von Verwirrung zu schaffen suchen. Diese Blätter sind meist von „Reformkomitees“ geleitet, zeigen aber eine oft beschämende Unkenntnis katholischer Dinge. Die Manöver sind aber nicht immer zu durchschauen. Die Kinder beschlagnahmt der Staat in Schule und Freizeit. Der offen erklärte Plan ist, die Kirche von der Jugend her in spätestens einer Generation auszurotten.

Von den 2542 chinesischen Priestern des Jahres 1949 gingen etwa 250 außer Landes, 200 starben für ihren Glauben oder in der Haft, ein paar hundert sind dauernd im Gefängnis. Man schätzt, daß die Hälfte des chinesischen Klerus schon zeitweise in Haft war. Berücksichtigt man die Abgänge durch Tod, so dürften für das ganze Reich noch 1600 Priester verfügbar sein. Ein Versuch, sie gleichmäßig auf alle Diözesen zu verteilen, scheiterte an der kommunistischen Wachsamkeit. Sie können nur in nächster Umgebung etwas Seelsorge ausüben, da sie arbeiten müssen, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Die nur von Ausländern verwalteten 8 Diözesen sind ohne Priester, in vielen anderen leben nur 2 oder 3 chinesische Geistliche. Es bestehen noch 7 Priesterseminare, die mehr oder weniger freien Studienbetrieb haben. Sie werden offenbar noch geduldet, um nach dem Muster von Osteuropa, das die Chinesen mit Hilfe der Russen gut studiert haben, zu Pflanzstätten eines schismatischen Klerus umgestaltet zu werden. Einige wenige Priesterweihen konnten noch in letzter Zeit in Hankow und in Kansu vollzogen werden.

Es dürften außerdem noch 420 chinesische Ordensfrauen und 750 Brüder in China leben. Besonders die Lage der Schwestern ist heikel. Viele mußten wegen der Verhältnisse nach Hause entlassen werden, andere sind gezwungen, unter kommunistischer Leitung in Caritasanstalten weiterzuarbeiten. Neuerdings hat man Schwestern in kleinen Gruppen auf Arbeitsbataillone von Frauen aufgeteilt, wo sie unablässig gequält werden. Einige sind „progressistisch“ geworden und dienen der „Reformbewegung“. Nur wenige sind mit Gewalt zur Ehe gezwungen worden.

Die innere Zersetzungsarbeit

Nachdem noch zu Zeiten Tschiangkaischeks die kommunistische Gegenregierung von Jenan bei dem Versuch der Gewaltanwendung gegen die Katholiken deren Widerstandskraft zu ihrer Überraschung erlebt hatte, verlegte man sich später auf innere Zersetzungsarbeit, kehrt jetzt aber wieder mehr zu Gewaltmethoden zurück, da auch dieses Mittel nicht den erhofften radikalen Erfolg hatte. Die Methoden der inneren Zersetzung sind hinlänglich bekannt. Nachdem man die Kirche wirtschaftlich entmachtete hatte, brandmarkte man die Katholiken als Vaterlandsverräter und Söldlinge des Imperialismus, setzte führende Persönlichkeiten unter politischen Vorwänden fest, suchte durch inszenierte Volksgerichte den Klerus moralisch zu diffamieren, zettelte Prozesse wegen Kindermordes in den Waisenhäusern an, ließ die Katholiken

einander gegenseitig ausspionieren und versuchte 1950, unter der Leitung eines neugegründeten Büros für religiöse Angelegenheiten eine schismatische Kirche auf der Basis der sogenannten „Drei Autonomien“ zu schaffen. Die verblüffendste Erfahrung der Machthaber war hier die Treue des chinesischen Volkes und Klerus zum Papsttum. Dieses Hindernis ist bis heute nicht überwunden. Für die Leitung der Reformkirche ist noch kein Bischof gefunden. Einzelne chinesische Bischöfe, Priester und Ordensfrauen haben namentlich in der ersten Zeit, völlig verwirrt und ratlos geworden durch die unerwarteten Methoden eines Kampfes gegen die Kirche von innen heraus, mehrdeutige Dokumente unterzeichnet und sich auch verleiten lassen, Resolutionen gegen „den imperialistischen Internuntius Riberi“ zu unterzeichnen. Viele zogen nachher ihre Erklärungen zurück und bekannten öffentlich ihre Schwäche. Mitteilungen über solche Dinge haben vielfach im Westen den Eindruck erweckt, als ob die chinesische Kirche sich in voller Auflösung befinde. Vor diesen Auffassungen kann nicht entschieden genug gewarnt werden. Bis zum Februar 1954, dem letzten Termin authentischer Nachrichten, hat kein Bischof, kein Priester, kein Ordensmann und keine Ordensfrau in Wort oder Schrift eindeutig und klar die Lösung vom Papsttum vollzogen. Das bedeutet viel, da man alle Mittel des Drucks, der Einschüchterung, der Persönlichkeitszerstörung anwendet, um zum Ziele zu kommen. Eine kleine Gruppe von Priestern soll nach kommunistischen Quellen erklärt haben, man müsse die Trennung vom Papsttum in Erwägung ziehen, aber es ist bisher nicht gelungen, diese Nachricht zu überprüfen.

Eine infame Methode, Verwirrung zu stiften, besteht zur Zeit darin, daß man Namen von Bischöfen, Apostolischen Administratoren, angesehenen Priestern veröffentlicht, die angeblich zur „Reform“ übergetreten sind, ohne daß dies von den Genannten richtiggestellt werden kann. Auch ist in dem weiten Reich kein Priester in der Lage, irgendeine dieser Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt zu untersuchen. Man veröffentlicht ferner die Namen von Administratoren, die nach ihrer Ernennung vor 3 bis 4 Jahren mehr oder weniger gewagte Erklärungen abgaben, ohne sich aber zur schismatischen Kirche zu bekennen, stellt die Dinge aber so dar, als ob die Erklärungen jetzt abgegeben worden wären und durch die päpstliche Ernennung des Betreffenden zum Administrator ihre Sanktion durch den Heiligen Stuhl erhalten hätten. Andere Administratoren, die jüngst ernannt wurden, gaben vor 3 bis 4 Jahren in der allgemeinen Verwirrung Erklärungen unglücklicher Natur oder Formulierung ab, haben sich aber längst zurückgefunden, als ihnen klar wurde, wohin die Dinge liefen. Man knüpft Ernennung und Erklärung zeitlich und logisch zusammen und sagt: also billigt der Papst durch die Ernennung die Reform. Es ist bemerkenswert, daß man den Kampf jetzt aus der Voraussetzung heraus führt, daß die Katholiken den Papst als ihr Oberhaupt betrachten.

Die wahre Lage

Auf der Grundlage aller in Hongkong zusammenlaufenden Nachrichten glaubt die aus Missionaren bestehende Schriftleitung von „Mission Bulletin“ Hongkong (Jan.-Febr.-Nummern 1954) folgende Gesamtübersicht geben zu können: Es gibt eine kleine Zahl „progressiver“ Priester, die entweder eng mit der Regierung zusammenarbeiten oder ihren Befehlen widerstandslos Folge leisten. Sie ver-

folgen sogar andersdenkende Priester und Gläubige, wollen aber keine Trennung der Kirche von Rom, wenigstens bis jetzt nicht.

Eine zweite Gruppe, die im Jahre 1952 in 12 bis 13 (von 143) Sprengeln, ihre Anhänger hatte, sucht den gefährlichen Weg eines „*Modus vivendi*“ mit einem Regime, das seiner Natur nach keinen Ausgleich mit der Kirche finden kann. Sie sieht über verhängte oder ipso facto zugezogene Exkommunikationen oft hinweg und beachtet im allgemeinen überhaupt wenig die Disziplinarstrafen der Kirche. Nachdem diese Bewegung im Vorjahr auf weitere 7 Diözesen übergriff, wächst heute die Zahl der Priester, die den Versuch des Ausgleichs aufgeben und zur entschiedenen Haltung der dritten Gruppe den Weg finden, die in 85 % der Diözesen das Verhalten bestimmt: Gehorsam gegen den Staat in allem, was recht und ehrbar ist; opferwillige Mitwirkung bei allen Hilfs- und Notstandswerken; entschiedene Erklärung, in allen Fragen des Glaubens und der Moral nur Gott und dem Papst zu gehorchen; Bereitschaft, für diese Haltung das Härteste und sogar den Tod auf sich zu nehmen. Die sehr große Mehrheit des chinesischen Klerus ist absolut und bewundernswert treu. Dies muß immer wieder betont werden, da oft die kommunistische Presse im Ausland, die „neutrale“ Presse und selbst Blätter, die man unglücklicherweise „linkskatholisch“ nennen könnte, unter Berufung auf die pseudokatholischen „Kirchenblätter“ der Regierung Chinas das Gegenteil behaupten — zum großen Schaden für die Sache der Kirche.

Wir und die Katholiken Chinas

Den scheidenden westlichen Missionskräften ist die Liebe der wahren Katholiken gefolgt. Wo die Behörden es nicht verhinderten, ist es in fast allen Fällen zu ergreifenden Abschiedskundgebungen gekommen. Die letzte Bitte an die Scheidenden war die Bitte um ihr Gebet: Vergeßt uns nicht in unserer Not. Die gläubigen Katholiken Chinas vertrauen in ihrer grenzenlosen äußeren Vereinsamung auf die Gebetshilfe der großen übernationalen katholischen Gemeinschaft, die für sie eine tief empfundene Wirklichkeit ist. „Welche Verantwortung“, so schreibt das Hongkonger „Mission Bulletin“, „würden die Katholiken der ganzen Welt auf sich laden, wenn sie ihre Brüder in China, denen sie den Glauben brachten, in dem Augenblick verließen, wo sie so heroisch Zeugnis für die unzerstörbare Einheit ablegen, die uns alle zusammen über alle Grenzen und Nationen vereint?“ Die Katholiken Chinas wissen, daß ihnen heute weder Flottendemonstrationen noch Landungskorps der „Mächte“ irgendeine Hilfe bringen können. Selbst wenn diese Hilfe möglich wäre, würde sie die ganze kirchliche Politik der letzten 40 Jahre durchkreuzen, die bestrebt war, die Kirche des Landes von jedem westlichen politischen Schutz zu befreien. Die Zukunft der Kirche Chinas ist in die Hände des chinesischen Volkes gelegt. Ebenso wenig kann die Kirche Chinas irgendeinen Nutzen haben, wenn sie etwa auf eine politische und militärische Intervention von Formosa hofft. Die Kirche muß sich den Weg jenseits möglicher neuer Parteilagen in China suchen. Die Erfahrungen einer allzu engen Bindung mancher führenden Katholiken an das zusammengebrochene Regime Tschiangkaischeks waren hier eine unübersehbare Warnung. Es bleibt tatsächlich nur die Hoffnung auf die Vorsehung und das Gebet der katholischen Welt.

Die Schließung der Tür nach China für die ausländischen Missionare bringt die Gefahr mit sich, daß unser Interesse für diese Kirche nachläßt. Wenn wir uns nun in der Öffentlichkeit in Zukunft mit der Chinamission nicht mehr beschäftigen, so wird dies den dortigen Katholiken nicht verborgen bleiben. Die Feststellung, daß wir sie vorläufig „abschreiben“, muß lähmend auf den Widerstandswillen der chinesischen Katholiken einwirken. Bei der modernen Entwicklung des Nachrichtenwesens kann sich in China nicht wiederholen, was von 1637 bis 1865 das Schicksal der Katholiken in Japan war, die zwei Jahrhunderte lang nichts mehr von ihren Glaubensbrüdern in der übrigen Welt hörten. Ein Blick auf die missionsstrategische Situation im Fernen Osten macht das eindeutig klar. Von Nordjapan bis nach Singapore gibt es ein ausgebautes Rundfunksystem rings um das Chinesische Meer. Die Kirche hat noch Stellungen auf dem chinesischen Boden (Hongkong, Macao, Formosa) außerhalb des kommunistischen Bereichs, sie lebt in Indien und Hinterindien, in Japan, auf den Philippinen, in Indonesien, auf Malakka. Auf Formosa haben ausgewiesene Chinamissionare das Apostolat auf breiter Grundlage begonnen, 150 km vom Festland entfernt. China, eine werdende Großmacht, kann sich nicht von der übrigen Welt absperren. Es treibt eine starke ideologische Propaganda unter den Auslandschinesen in Südostasien, jenen 11 bis 12 Millionen, die jetzt auch Gegenstand erhöhter missionarischer Bemühungen der Kirche sind. Gerade wird in Singapore ein großes katholisches Presse- und Nachrichtenzentrum für die Auslandschinesen geschaffen. Mit dem Abbau der Mission in China korrespondiert in gewisser Hinsicht ein Aufbau der Mission im einflußreichen Auslandschinesentum. Dadurch wird auch die Fortführung der unvollendeten Anpassungsarbeit an die chinesische Kultur gesichert. Auf Formosa ist die Gründung eines Zentrums für die Fragen der missionarischen Verkündigung vorgesehen. Es bleiben also um China herum Brennpunkte katholischen Lebens, die ihren Blick auf China gerichtet halten. Die Kanäle, die sich das rote China für seine Werbung offenhält und auf denen Propagandisten herausgeschleust und heimkehrende Agenten bzw. Rückwanderer eingeschleust werden, lassen sich auch von wagemutigen Katholiken benutzen, um Fühlung mit der verfolgten Kirche zu nehmen. Schließlich ist China begierig, sich in den Welthandel einzuschalten, und man setzt in der sogenannten Freien Welt diesem Bemühen immer weniger Widerstand entgegen. Auch hier sind für den Katholizismus Möglichkeiten des Kontaktes. Auf weite Sicht muß auch das Bemühen um die im Ausland studierenden Chinesen reiche Frucht tragen. Deshalb kann man es nur begrüßen, wenn jetzt ehemalige Chinamissionare Flüchtlingsstudenten aus Hongkong zum Studium nach Deutschland holen (Programm des Chinamissionars und Arztes P. Franz Eichinger, Marienthal).

Nur eine Eroberung von ganz Südostasien könnte das oben skizzierte Bild einer von katholischen Zentren umrahmten Chinamission grundlegend ändern. Ohne die Provozierung eines neuen bewaffneten Weltkonfliktes kann aber der Kommunismus dieses Ziel nicht erreichen. Das Chinaproblem wäre dann Teilproblem eines gesamt-kirchlichen Problems, dessen Perspektiven Menschenvoraussicht nicht ergründen kann. Das Schicksal der katholischen Kirche Chinas wird sich in jedem Fall vom Schicksal der Gesamtkirche nicht mehr trennen lassen.

Von den in China freigewordenen Missionskräften wird heute ein erheblicher Teil in der übrigen Missionswelt, und zwar in Afrika, Asien und Amerika angesetzt. Desgleichen wird der größte Teil des für China bestimmten Missionsnachwuchses für andere Aufgaben frei. Hauptnutznieser dieser Entwicklung ist im Zusammenhang mit der Versteifung der Missionslage in ganz Asien der schwerbedrohte Katholizismus Südamerikas. Man mag darin eine Fügung der Vorsehung sehen. Die von den Katholiken Chinas getragene ungeheure religiöse Not wird im Gnadenkreislauf des Corpus Christi Mysticum das Apostolat in anderen Erdteilen und Ländern befruchten. Hat aber die Chinakirche nicht auch Anteil an den geistlichen Früchten, die sie durch ihr Opfer anderswo ermöglicht? Besteht nicht auch eine besondere Pflicht betenden und opfernden Gedenkens an die Chinachristen in jenen Ländern, die der Chinamission eine Verstärkung ihres Apostolatseinsatzes verdanken? China lebt im Mystischen Leibe Christi, der immer den ganzen Christus darstellt, zusammen mit den übrigen „Kirchen des Schweigens“ den leidenden Christus vor, damit andere den auf-erstandenen verkündigen können ... und alle sind ein Leib.

Wird Chinas Kirche bei langer Verfolgung überdauern? Es sind zu viele heute noch Unbekannte in der Rechnung. Sicher ist, daß die Kirche im Augenblick zahlenmäßig zusammenschumpft. Andererseits ist sie durch die Verfolgung erst eigentlich in ganz China bekannt geworden, hat an Ansehen bei den Tieferblickenden gewonnen, ist zusammen mit den heidnischen Religionen in die gleiche Abwehrfront gedrängt. Sie verteidigt viele Werte, die zum Patrimonium der chinesischen Kultur gehören. Sie steht nicht allein.

Freilich ist ihre Anpassung an die chinesische Kultur unvollendet. Die Wurzeln senken sich trotz Schaffung eines einheimischen Episkopats noch nicht tief genug in chinesische Erde. Indessen hat das Überleben des japanischen Katholizismus, der wahrhaftig nicht genügend an die japanische Kultur angepaßt war und weder Bischöfe noch Priester besaß, gezeigt, daß sich unter bestimmten Bedingungen die Kirche auch ohne vollendete Kulturanpassung sehr lange halten kann. Märtyrer und Bekenner der Chinakirche haben in den letzten zwei Jahrzehnten vielfach eine Tiefe übernatürlichen Denkens und einen so heroischen Opfermut der Welt vorgestellt, daß der Katholizismus der vom Diesseitsgeist bedrohten westlichen Länder davon überrascht war, und mancher gläubige Katholik aus diesen Ländern hat darob instinktiv seine eigene Stellung überprüft. Die Kirche Chinas geht wirklich mit einem unschätzbaren Kapital an Kraft in einen menschlich aussichtslos erscheinenden Kampf von vielleicht langer Dauer. Mehr vorauszusagen übersteigt menschliches Vermögen.

Die katholische Mission im Kreuzfeuer des afrikanischen Nationalismus Die Missionsgebetsintention des Monats Februar galt dem Geist der Gerechtigkeit in Afrika. Die Herder-Korrespondenz hat die völkischen und sozialen Probleme, um die es sich handelt, in einer ausführlichen Meldung (vgl. 8. Jhg., S. 164) dargestellt. Sie soll hier durch einige Einzelberichte aus den afrikanischen Missionen ergänzt werden.

Wie sehr die Mission in den Kolonialgebieten Afrikas zwischen zwei Fronten steht, zeigt die Reaktion der französischen Verwaltung auf ein Hirtenschreiben der Apostolischen Vikare der Insel Madagaskar, wo unter 4,3 Millionen Einwohnern bereits 738 786 katholisch sind. In ihrem Hirtenschreiben antworteten die Bischöfe auf die Anfrage ihrer Gläubigen, ob sie das Recht hätten, sich von der französischen Herrschaft zu befreien, mit folgenden Sätzen:

„Die Kirche ist keine politische Macht und hat nicht die Aufgabe, eine Regierungsform zu unterstützen oder darüber zu urteilen, ob ein Volk fähig ist, sich selbst zu regieren oder nicht ... Sie hofft aber innig, daß die Menschen sowohl wie die Völker ihrem höheren Wohl entgegenstreiten und immer mehr von ihrer Verantwortung auf sich nehmen. Die Größe des Menschen rührt davon her, daß er frei und verantwortlich ist, und die politische Freiheit ist eine von den grundlegenden Freiheiten und Verantwortungen. Ihr Nichtbesitz beweist eine unvollkommene Entwicklung und kann nur von begrenzter Dauer sein. Die Kirche erkennt gemäß dem Naturrecht die Freiheit der Völker, sich selbst zu regieren, an.

Infolgedessen erkennen wir die Berechtigung des Anspruchs auf Unabhängigkeit ebenso an wie alle konstruktiven Bemühungen, ihn zu verwirklichen. Aber wir warnen euch vor Abirrungen, vor allem vor dem Haß, der niemals in einem Christenherzen Platz finden darf.“

Dazu erklärte der französische Hochkommissar Barges: „Es ist zu bedauern, daß jemand, der sich zu den geistigen Führern des Volkes rechnet, so weit von den Lehren der Schrift abweichen konnte und offiziell Bestrebungen ermuntert, die sich das Ziel setzen, die bestehende Ordnung zu stürzen, die Verfassung zu brechen und dem französischen Volk einen integrierenden Teil des Gebietes der Republik zu rauben. Man kann nur hoffen, daß dieser Aufruf nicht gehört werden wird. Ich selbst setze große Hoffnung darauf. Die bäuerlichen Massen von Madagaskar sind verständig. Sie wissen, welchen Führern auf dem Wege zur Demokratie und zum Fortschritt sie vertrauen dürfen.“

Kenya

Im benachbarten Kenya ist die Mau-Mau-Bewegung noch keineswegs endgültig niedergeworfen. Nach der Überzeugung der Missionare würde sie auf die gesamte Kolonie übergreifen haben, wenn der Einfluß der Mission und die Widerstandskraft der katholischen Kikuyuchristen sie nicht aufgehalten hätte. Man schätzt, daß nur etwa 10% dieser Gläubigen freiwillig den Bandeneid geleistet haben und damit von der Kirche abgefallen sind. Andere freilich sind unter zuweilen furchterlichen Torturen dazu gezwungen worden. Aber manche von ihnen haben die erste Gelegenheit gesucht, unter den Schutz der Missionen heimzuzuflüchten, oder sie betrachten ihren erzwungenen Schwur als nichtig und kommen, soweit die Verhältnisse es ihnen gestatten, ihren Christenpflichten nach. Viele katholische Neger sind dem blutigen Terror zum Opfer gefallen und dürfen als Märtyrer betrachtet werden. Bischof Carlo Cavallera, der Apostolische Vikar von Nyeri im Zentrum des Aufstandsgebietes, urteilte: „Mau-Mau war die Reinigung unserer Missionen. Die schlechten Christen sind abgefallen, aber die treugebliebenen sind in ihrem Glauben nur bestärkt worden.“

Die Gottesdienste weisen jetzt etwa 90% der Besucher auf, die sie vor dem Aufstand hatten, und die Missionschulen sind wieder mit Schülern gefüllt.

Bekanntlich hatte die britische Verwaltung schon 1934 den Kikuyu eigene Schulen gewährt, die sowohl von der Kolonialverwaltung wie auch von den Missionen unabhängig waren. Diese Schulen waren die Brutherde des aufständischen Nationalismus geworden und mußten deshalb geschlossen werden. Jetzt sind sie zum Teil wiederhergestellt worden unter der Bedingung, daß sie entweder als Regierungsschulen oder unter missionarischer Leitung geführt werden. Dabei haben viele Schulen die Unterordnung unter die Missionen bevorzugt. Allein einem einzigen Missionar, P. Patrick McGill, der voll höchsten persönlichen Mutes mitten im Aufstand seine Gemeinde weiter leitete und mehrfach Mordanschlägen entging, wurde seitens der Eingeborenen die Leitung von elf Schulen anvertraut, so daß er gegenwärtig über tausend Schüler betreut. Auch das Gitunguri College, in dem Jomo Kenyatta zuvor die Lehrer für die unabhängigen Kikuyu-Schulen heranzubildete, unterstellte sich der Leitung der irischen Missionare vom Heiligen Geist. Trotzdem urteilt Bischof Cavallera: „Die Ursachen, die Mau-Mau geschaffen haben, sind noch da, und solange sie nicht beseitigt sind, wird die Unruhe unter den Kikuyu bestehen bleiben. (Über diese Ursachen berichteten wir im 7. Jhg., S. 163 und 400.)

Sudan

Weiter im Norden hat das Volk des Sudan seine Selbstverwaltung in die Hand genommen, wenn auch für drei Jahre noch unter einem britischen Generalgouverneur. Der Sudanstaat hat etwa 8 Millionen Einwohner, von denen sich $6\frac{1}{4}$ zum Islam bekennen und die übrigen in der Hauptsache noch Heiden sind. Die Zahl der Katholiken beträgt weniger als 100 000. Die Moslem sind zumeist Araber und wohnen im weiterentwickelten Norden; die Christen sind fast alle bekehrte Neger und leben im Süden. Die Neger stellen ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Die Nubier, Mischlinge aus arabischem und Negerblut, sind natürlich religiös ebenfalls vom Islam gewonnen.

Unter diesen Verhältnissen sieht die Kirche der vollen Befreiung des Sudan mit Sorge entgegen. Ebenso fürchten auch die Neger die Herrschaft des arabischen Volksteiles und würden eine relative Autonomie des Südens in der Form eines Bundesstaates einem einheitlichen Staatsgebilde vorziehen. Aber daran ist bei der religiös-nationalistischen Einstellung der Araber des Nordens kaum zu denken. Da der Sudan unter allen arabischen Ländern am weitesten von der Berührung mit der Kultur des Westens entfernt ist, kann sich der ursprüngliche Geist des Islam dort noch ganz rücksichtslos geben. Missionare, die lange im Sudan gearbeitet haben, wissen aus ihrer ganzen Tätigkeit von keiner oder kaum einer (und dann noch geheimen) Konversion eines Mohammedaners zu berichten. Man glaubt deshalb, daß die Kirche nach der vollen Befreiung des Sudans zwar nicht ausgerottet, aber doch an weiterer Ausbreitung gehindert werden wird. Deshalb werden jetzt, da noch volle Missionsfreiheit besteht, große Anstrengungen gemacht, weitere Stationen, Kirchen, Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen zu schaffen, um für kommende Jahre gerüstet zu sein. Im gegenwärtigen Parlament befinden sich unter 147 Abgeord-

neten 114 Mohammedaner, 15 Protestanten, 13 Katholiken, 1 Kopte und 4 Heiden. Von zwölf Ministern sind je einer katholisch und evangelisch. Dementsprechend ist die Haltung der Regierung gegenüber den christlichen Anliegen freundlicher als die Stimmung der islamischen Bevölkerung. Diese wird von den Missionaren mit dem Ausspruch gekennzeichnet, der öfters gegenüber den Negern zu hören ist: „Wartet nur noch drei Jahre ab. Dann jagen wir die Engländer fort und danach die Missionare. Dann erhält nur ein Mohammedaner Arbeit und Brot.“

Kabylen

Von der Mission unter den Kabylen, dem Berbervolk an der westlichen Nordküste von Afrika mit einer Seelenzahl von etwa 1,2 Millionen, die sich auf 130 Siedlungen verteilt, wird ebenfalls berichtet, daß Islam und Christentum in hartem Kampf um Einfluß ringen. Die Berber waren einst christlich und haben sich lange gegen den Islam gewehrt; denn völkisch gehören sie nicht zur arabischen, sondern zur alpinen Welt. Die Weißen Väter haben als Nachfolger der Jesuiten im Gebiet der Kabylen 10 Stationen aufgebaut, die etwa 25 Siedlungen erreichen. Auch dort sind individuelle Konversionen äußerst selten, und die Mission arbeitet seit 1870 hauptsächlich in der Form von Schule und Caritas. In der Schule wird kein Religionsunterricht, sondern nur allgemein sittliche Belehrung erteilt, so daß die Kinder von Mohammedanern nicht am Besuch gehindert sind. Der Erfolg des Schulwesens liegt vor allem darin, daß den Berbern das Gefühl der Isolierung genommen und das Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis gestärkt wird. Sie empfinden denn auch die Anwesenheit europäischer Missionare nicht als etwas so Fremdes wie andere Völker im islamischen Machtbereich. Es ist bezeichnend für den Erfolg der langwierigen Missionsarbeit auf weite Sicht, daß unter der Oberschicht verhältnismäßig mehr Christen zu finden sind als in der Masse des Volkes und daß neuerdings auch der Islam sich mit größerer Intensität um Schulen bemüht, die die Jugend mit der arabischen Sprache und Kultur in Berührung bringen sollen. Immerhin neigen vorsichtige Beurteiler zu der Auffassung, daß das westliche Bewußtsein der Kabylen schließlich doch dem Christentum zugutekommen wird. Namentlich die caritative Arbeit der Schwestern gewinnt mehr und mehr die Sympathie der Frauenwelt, die vom Geist Arabiens nichts zu hoffen hat.

Gefährdung der Judenmission in Israel

Die seit vielen Jahren periodisch wiederkehrenden Angriffe auf die christliche Missionstätigkeit in Israel haben in den letzten Monaten ernstzunehmende Formen angenommen. Die Organisation „Keren Jaldenu“, an der angeblich 18 Frauenvereine beteiligt sind und die sich um die „Rettung jüdischer Kinder“ bemüht, hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Missionstätigkeit entgegenzuwirken. Jüdische Eltern, deren Kinder Missionsschulen besuchen, sollen veranlaßt werden, ihre Kinder in jüdischen Schulen unterzubringen. Etwa 1500 jüdische Kinder besuchen zur Zeit vornehmlich katholische Missionsschulen. Dieselbe Organisation bemüht sich auch um erwachsene Personen, die ihrer Ansicht nach „gefährdet“ sind, indem sie soziale Hilfeleistungen der Missionen in Anspruch

nehmen. (Hier handelt es sich im wesentlichen um protestantische Missionen, da die katholischen Niederlassungen nur über geringe Mittel verfügen; vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 173 f.)

Einige Tageszeitungen in Israel haben private Untersuchungen über die Tätigkeit der Missionen im Lande angestellt und sind zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Die an sich seriöse Tageszeitung „Haaretz“ glaubt den Beweis erbracht zu haben, daß die Missionschulen geradezu Einrichtungen zum Zwecke der Seelenfängerei darstellen. Zur gleichen Zeit stellt die liberale Tageszeitung „Jerusalempost“ fest, daß die Missionschulen besonders in konfessionellen Angelegenheiten größte Zurückhaltung üben und daß alle Vorwürfe dieser Art vollkommen unberechtigt seien. In einem abschließenden Artikel stellt sie als schwerwiegenden negativen Faktor fest, daß eine jüdische Bildung in diesen Schulen verständlicherweise nicht geboten werden kann. Die „Jerusalempost“ empfiehlt dann auch in der Folge, daß der „Keren Jaldenu“ sich auch um die Verhältnisse in den jüdischen Schulen kümmern möge.

Nach bisher offiziell nicht genügend bestätigten Meldungen des NCWC soll eine parlamentarische Untersuchungskommission, die auf Betreiben des „Keren Jaldenu“ die Tätigkeit der christlichen Missionen im Lande untersuchte, dem Parlament folgende Vorschläge gemacht haben:

1. Erlaß eines Gesetzes, das verbieten soll, daß Personen dazu „verleitet“ werden, um materieller Vorteile willen ihre Religion zu ändern.

2. Nichtanerkennung der Missionsschulen (das bedeutet, daß Personen, deren Kinder in diesen Schulen unterrichtet werden, den Forderungen des „Allgemein-Schulpflicht-Gesetzes“ nicht gerecht werden, und so bestraft werden können).

3. Erlaß eines Gesetzes, nach dem jeder Religionswechsel vorher in der Presse veröffentlicht werden muß.

Das erste Gesetz ist wohl schon deswegen bedeutungslos, weil es in der Praxis kaum möglich sein wird, einen nach diesem Gesetz strafbaren Tatbestand zu erweisen. Die Nichtanerkennung der Missionsschulen würde am Ende auf das Schulsystem der jüdisch-orthodoxen Gemeinden zurückfallen. Um so schwerwiegender könnten die Folgen eines Gesetzes sein, das die Veröffentlichung eines „geplanten“ Religionswechsels vorsieht. Regierung und Parlament können für ein solches Gesetz sehr gute Gründe finden. Durch einen Religionswechsel wird der zivilrechtliche Status einer Person grundlegend geändert. Solange die Gerichte der religiösen Gemeinschaften in Fragen des Familienrechtes (Ehe- und Erbrecht vor allem) spezifisches Recht sprechen können, und solange die Regierung Entscheidungen dieser Gerichte nicht nur respektieren, sondern im Notfall auch vollziehen muß, solange kann sie natürlich ein Recht geltend machen, über die jeweilige Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft genau unterrichtet zu werden. Selbst für die vorherige Bekanntmachung lassen sich gewichtige Gründe finden, denn durch die Änderung der Religion werden in Fällen des Erbrechtes z. B. auch dritte Personen betroffen.

Leider ist es in der Praxis aber so, daß Konversionen nicht deswegen geheimgehalten wurden, weil die Konvertierenden sich irgendwelchen zivilrechtlichen Folgen zu entziehen suchten. Die Geheimhaltung war vielmehr deswegen geboten, weil die Konvertiten allen möglichen Repressalien, wie etwa dem wirtschaftlichen Boykott, ausgesetzt waren

und die christlichen Religionsgemeinschaften nicht über die Möglichkeiten verfügten, Schäden, die hieraus entstanden, auch nur in geringem Maße auszugleichen. Obwohl es noch sehr fraglich ist, ob dieses Gesetz jemals verabschiedet wird, so kann hier immerhin eine nicht zu unterschätzende Gefahrenquelle für die weitere Tätigkeit der Missionen entstehen (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 457 ff.).

Ökumenische Nachrichten

Arbeitsgemeinschaft der Kirchen in Großberlin Seit 1947 besteht in Großberlin eine „Arbeitsgemeinschaft der Kirchen und Religionsgesellschaften“, der auch das katholische Bistum Berlin angehört. Sie erwuchs auf dem Boden praktischer Erfahrungen, die seit 1945 in dem „Beirat für kirchliche Angelegenheiten“ beim Berliner Magistrat gemacht wurden, einer von der sowjetischen Besatzungsmacht befohlenen Einrichtung. Die Arbeitsgemeinschaft dagegen ist ein freier Zusammenschluß, der eine selbständige Interessenvertretung gegenüber Staat und Öffentlichkeit gewährleistet. War die Zusammenarbeit anfangs auch von großer Zurückhaltung getragen, so hat sie sich doch recht fruchtbar erwiesen. Es ist aber zu beachten, daß diese Arbeit weder etwas mit der ökumenischen noch der Una-Sancta-Bewegung zu tun hat. Das geht aus den Satzungen deutlich hervor. Da jedoch eine Entspannung in zahlreichen konfessionellen Gegensätzen eingetreten ist und viele Mißverständnisse durch persönliche Begegnung ausgeräumt werden konnten, wozu auch die Herausgabe eines Buches „Was glauben die anderen?“ beigetragen hat, ist ein mittelbarer Einfluß zur Erweckung einer ökumenischen Verantwortung nicht zu leugnen. Wurde doch eine an urchristliche Zeiten erinnernde Vereinbarung über ein Schiedsgericht erzielt, das Auseinandersetzungen vor der öffentlichen Justiz vermeiden soll.

Die Satzung vom 14. April 1947 beginnt mit einer Präambel, wonach die unterzeichneten Gemeinschaften „in gegenseitiger Achtung ihrer Eigenständigkeit für die Werte und die Freiheit religiösen Wirkens gemeinsam eintreten“ wollen. Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sind z. Z. 1. die Evangelische Kirche (D. Dibelius), 2. die Römisch-katholische Kirche (Bischof Berlin, Vertr. Pfarrer Tomberge), 3. die Gruppe der jüdischen und sonstigen nicht-christlichen monotheistischen Religionsgesellschaften (Siegfried Weltinger), 4. die Vereinigung Ev. Freikirchen (Sup. Pieper), 5. die Gruppe der Luther. Freikirchen (Sup. Grube), 6. die Gruppe der romfreien kathol. Kirchen (Pfarrer Buchta, altkath.) und 7. die Gruppe der übrigen Religionsgesellschaften (Pfarrer Vermehren, Christengemeinschaft). Jede dieser Gruppen entsendet einen Vertreter in den „Rat“, der die Arbeitsgemeinschaft vertritt und neben sich eine Delegiertenversammlung hat, die die Interessen der Mitglieder gegenüber der Arbeitsgemeinschaft wahrnimmt und alle Vierteljahr einmal auf Einladung des Rates zusammentritt. Der Rat wählt aus seiner Mitte für die Dauer eines Jahres den Vorsitzenden, der im Rahmen der Entschlüsse des Rates die Geschäfte führt (bei wichtigen Verhandlungen aber den Stellvertreter und andere Mitglieder hinzuziehen muß), den Stellvertreter und den Schatzmeister. Beschlüsse des Rates kommen nur zustande, „wenn kein Mitglied widerspricht“.